

Einwohnerratssitzung 2006/2007

Protokoll Nr. 9

Sitzungsdatum Donnerstag, 28. Juni 2007
Sitzungszeit 13:00 Uhr – 18:15 Uhr
Ort Pilatussaal, Luzernerstr. 15, Kriens

Protokoll Yvonne Rösli
Direktwahl 041 329 63 09

29. Juni 2007 ry

Anwesend	Präsident	Senn Matthias
	Einwohnerrat	28 Mitglieder Baumgartner Werner (ab 13:30 Uhr) Camenisch Rätö (ab 13:15 Uhr) Konrad Simon (ab 13:30 Uhr) Mattmann Peter (ab 14:30 Uhr)
	Gemeinderat	5 Mitglieder Wiget Cyrill (ab 13:15 Uhr)
	Gemeindeschreiber	Lang Robert
	Protokoll	Renggli Alexandra Rösli Yvonne
Entschuldigt	Einwohnerrat	Thalmann Robert

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 425 |
| 2. | <u>Vereidigung</u> von Birrer Werner (SVP) | | Seite 425 |
| 3. | <u>Protokoll Nr. 7</u> vom 10. Mai 2007 | | Seite 425 |
| 4. | <u>Ersatzwahl</u> eines Mitglieds in die Verwaltungs- & Bildungskommission sowie die Finanz- & Geschäftsprüfungskommission | | Seite 425 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag</u> : Untersuchung von Baubewilligungen und Gestaltungsplangenehmigungen in der Gemeinde Kriens | Nr. 199/07 | Seite 426 |
| 5.1 | <u>Interpellation Kunz</u> namens der CVP/JCVP Fraktion: Koordination zwischen Baudepartement und Umwelt- und Sicherheitsdepartement
<i>Schriftliche Beantwortung</i> | Nr. 183/07 | Seite 443 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag</u> : Erstellen eines Kunstrasenfeldes auf dem Kleinfeldareal und Teilsanierung der Leichtathletikanlage | Nr. 194/07 | Seite 446 |
| 7. | <u>Bericht und Antrag</u> : Sanierung und Attraktivierung Spiel- und Pausenplätze
<i>Zustellung der Unterlagen per Extranet Anfang Juni 2007</i> | Nr. 195/07 | Seite 454 |
| 8. | <u>Bericht und Antrag</u> : Werterhaltung Gemeindestrassen | Nr. 192/07 | Seite 460 |
| 9. | <u>Neuwahl</u> des Ratsbüros für das Amtsjahr 2007/2008 | | Seite 464 |

Neueingänge

- | | |
|------------|---|
| Nr. 201/07 | <u>Motion Winiker</u> namens SVP-Fraktion: Verzicht auf Bypass Variante kurz 1
<i>Eingang: 31.05.2007</i> |
| Nr. 202/07 | <u>Motion Baumgartner</u> namens der CVP/JCVP-Fraktion: Angleichung von Bauvorschriften in der Agglomeration Luzern
<i>Eingang: 01.06.2007</i> |
| Nr. 203/07 | <u>Motion Piazza und Mitunterzeichnende</u> : Wirksame Integrationsförderung in der Gemeinde Kriens
<i>Eingang: 06.06.2007</i> |
| Nr. 204/07 | <u>Petition</u> für die Gesamtplanung eines Hallen- und Freibades im Kleinfeld
<i>Eingang: 18.06.2007</i> |

1. Mitteilungen

Einwohnerratspräsident Matthias Senn begrüsst alle Anwesenden zur letzten Sitzung im Amtsjahr 2006/2007. Speziell begrüsst er Werner Birrer als neues Mitglied sowie den Vertreter der NLZ, Christian Bertschi. Robert Thalmann lässt sich für die heutige Sitzung entschuldigen. Gemeinderat Cyrill Wiget und Werner Baumgartner erscheinen später zur Sitzung.

Am 07. Juni 2007 im Alter von 76 Jahren starb Josef Haas. Er war Mann der ersten Stunde und gehört dem Einwohnerrat vom 01. Juli 1963 bis 30. Juni 1971 als Mitglied der Liberalen an. Der Einwohnerrat erhebt sich für eine kurze Gedenkminute.

Weiter kursiert nochmals die Anmeldung für die Mithilfe bei der Kulinarischen Wanderung vom 02. September 2007. Matthias Senn ist dem Einwohnerrat dankbar, wenn sich noch ein paar Personen anmelden. Die Mitarbeit an einem Posten ist genau so spannend wie das Mitmarschieren.

2. Vereidigung Werner Birrer

Werner Birrer, als Nachfolger von Paul Winiker, wird durch das Ablegen des Gelübdes offiziell im Einwohnerrat aufgenommen. Mit Applaus wird er in den Reihen des Einwohnerrates Kriens als neues Mitglied willkommen geheissen.

3. Protokoll Nr. 7 vom 10. Mai 2007

Zum Protokoll Nr. 7 vom 10. Mai 2007 sind keine Anträge und Bemerkungen eingegangen. Es gilt somit als genehmigt und wird verdankt.

4. Ersatzwahl eines Mitglieds in die Verwaltungs- & Bildungskommission sowie die Finanz- & Geschäftsprüfungskommission

Der Vorsitzende erklärt, dass zufolge Rücktritt von Paul Winiker ein neues Mitglied in die VBK und FGK zu wählen ist.

Die Wahlergebnisse zeigen folgendes Bild:

Wahlergebnis FGK

ausgeteilte Stimmzettel	25
eingegangene Stimmzettel	25
leere Stimmzettel	0
ungültige Stimmzettel	0
gültige Stimmzettel	25
absolutes Mehr	13

Stimmen erhielt und somit gewählt ist: Martin Heiz mit 25 Stimmen

Wahlergebnis VBK

ausgeteilte Stimmzettel	25
eingegangene Stimmzettel	25
leere Stimmzettel	0
ungültige Stimmzettel	0
gültige Stimmzettel	25
absolutes Mehr	13

Stimmen erhielt und somit gewählt ist: Werner Birrer mit 25 Stimmen

5. Bericht und Antrag: Untersuchung von Baubewilligungen und Gestaltungsplangenehmigungen in der Gemeinde Kriens Nr. 199/07

Matthias Senn begrüsst zu diesem Traktandum die drei Experten, Beat Mühlebach, juristischer Berater sowie die beiden Berichtersteller Urs Manser und Romeo Picenoni.

Gemäss Franz Baumann kann sich die Baukommission gut in die Haltung der übrigen Ratsmitglieder versetzen, dass der vom Gemeinderat erstellte Bericht und Antrag kaum lesbar ist, weil aufgrund des Datenschutzes die einzelnen Bauobjekte nicht genannt werden dürfen. Es wäre wohl „die Quadratur des Kreises“ gewesen, wenn der Gemeinderat hier eine informative und einwohnerratfreundliche Lösung hätte präsentieren können.

Bevor der Sprecher über die Debatte in der Baukommission zu sprechen kommt, nennt er ein paar Informationen:

- Die beiden Experten bekräftigen, dass sie den Bericht im gegenseitigen Einvernehmen verfasst haben, und dass der Bericht ohne Beeinflussung des Gemeinderates zustande gekommen ist.
- Der Ermessensspielraum ist durch die Experten – sofern ein solcher überhaupt besteht – nicht beurteilt worden. Dieser könnte allenfalls nur gerichtlich besiegelt werden. „Ermessen“ darf im Übrigen nur durch den Gemeinderat ausgeübt werden. In keinem der Dossier ist eine Ermessensüberschreitung durch die Bauverwaltung festgestellt worden. Ein kleines Detail aus der „Ermessens-Diskussion“ anhand der Forderung einer Flachdachbegrünung: Es kann „Ermessen“ sein, ob ein Grün genügend grün ist, damit es als grün akzeptiert ist.
- Und ebenfalls eine nicht gewertete Information, die in wenigen Fällen aufgetreten ist und einem Laien auffällt: Selbst Juristen untereinander sind sich in einzelnen Interpretationen von Gesetzesartikeln und Anwendungsregeln nicht immer einig.

Es gibt einige Punkte, in denen sich die Baukommission einheitlich ausgesprochen hat:

- So ist die Untersuchung als „gut investiertes Geld“ betrachtet worden.
- „Wo gearbeitet wird, können Fehler passieren.“ Diese allgemein bekannte Erkenntnis darf auch in diesem Baucontrollingbericht als Grundsatz angewendet werden.
- Einig ist sich die Baukommission auch in der Meinung, dass die Vergangenheitsanalyse nicht zum „an den Pranger stellen“ oder gar zu einer „Kreuzigung der Täterschaft“ führen soll. Vielmehr sollen daraus die notwendigen und richtigen Schlüsse gezogen werden, damit der Ruf der Krienser Baubehörde gut wird und Kriens nicht mehr negative Schlagzeilen in den Medien liefert. Effektives Baucontrolling und Qualitätsmanagement sind Stichworte aus der Debatte der Baukommission.

- Im Weiteren sollen die Mitglieder der Baukommission künftig Augen und Ohren offen halten und aufgenommene Vorbehalte gegenüber Bauten laufend in die Baukommission tragen, damit nicht alle fünf oder zehn Jahre wieder eine solche Untersuchung gefordert werden muss.
- Die Baukommission nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat bereits seit einiger Zeit Korrekturen im Arbeits- und Kontrollprozess vorgenommen hat. Ob diese längerfristig „greifen“, darüber möchte auch die Baukommission informiert werden. Aus diesem Grund soll im neuen Beschlusstext ein zusätzlicher Punkt 3 aufgenommen werden.

Unterschiedlich werden in der Baukommission andere Bereiche des Berichts beurteilt:

- Es gibt Kommissionsmitglieder, die erschrocken sind über die Ergebnisse. Es seien „einige gravierende Fehler“ gefunden worden, jemand hat die Ergebnisse sogar als niederschmetternd bezeichnet. Die Mehrheit allerdings will die Vergangenheit Vergangenheit sein lassen, sofern diese zu einer besseren Handhabung des Baubewilligungsverfahrens führt.
- Einig ist sich die Baukommission zwar, dass Ausnahmebestimmungen nicht zur Regel werden dürfen. Unterschiedlich wird hingegen die Handhabung des Ermessensspielraums beurteilt. Einerseits sollen die negativen Ergebnisse nicht zu einer Überreglementierung führen, andererseits soll doch die Erfüllung unseres politischen Willens, also die Beschlüsse des Parlaments, primär anvisiert werden, nicht etwa die Ausnahmeregel. Der Sprecher denkt dabei an den Zonenplan und das BZR.
- Zur Zusammenarbeit zwischen Umwelt- und Baudepartement hat die Baukommission auch diskutiert und dabei die Antworten auf die Interpellation zur Kenntnis genommen. Ganz allgemein kann gesagt werden, dass an der Kultur zwischen diesen beiden Departementen tatsächlich gearbeitet werden muss. Die Suche nach dem optimalen Kompromiss zwischen Kundenfreundlichkeit, Paragraphentreue und Ermessensspielraum dürfte in vielen Fällen Hauptursache für die angesprochenen Probleme sein.

Die Baukommission hat auch über die Kommunikation gesprochen. Federführend in dieser Angelegenheit ist der Gemeinderat. Die Mitglieder der Baukommission unterstehen der Schweigepflicht, jedenfalls was die ihnen bekannten vertraulichen Daten betreffen, die den Unterschied ausmachen zwischen dem Bericht und Antrag und dem als „vertraulich“ bezeichneten Expertenbericht.

Zum neuen Beschlusstext:

Absatz 3 ist ganz neu, und im Absatz 2 ist das Wort „fallweise“ gestrichen worden. So ist der Auftrag etwas verbindlicher geworden.

Die Baukommission stimmt dem Bericht und Antrag mit 5:0 bei 1 Enthaltung zu.

Gemäss Helene Meyer-Jenni erfüllt der Gemeinderat mit dem vorliegenden Bericht und Antrag die Forderung der Motion Nr. 113/06 "Baubewilligungsverfahren / Baucontrolling: externe Überprüfung", die im März 2006 mit 17:11 Stimmen überwiesen wurde. Die Überweisung dieses Vorstosses musste damals als Zeichen der Verunsicherung aufgrund verschiedener Ereignisse, insbesondere im Zusammenhang nach wochenlangen Diskussionen über unzulässige Bauten, Anzeigen sowie verschiedenen Interpretationen des Bau- und Planungsgesetzes. Die damalige Motion war als sogenannter Kompromiss oder Gegenvorschlag zu einer noch umfangreicheren, nahtlosen Untersuchungsforderung hervorgegangen.

Der Gemeinderat setzte den Auftrag wie folgt um: 21 von der Baukommission definierte Baubewilligungen bzw. Gestaltungsplangenehmigungen sowie 10 von den Experten ausgewählte Dossiers wurden von den Herren Romeo Picononi (ehemaliger Stadttingenieur Sursee) und Urs

Manser (Jurist) geprüft. Beide Herren verfügen über vertiefte Kenntnisse und umfassende Praxiserfahrung im kantonalen und kommunalen Planungs- und Baurecht. Die Überprüfung gestaltete sich sehr zeitintensiv und forderte, insbesondere auch in bezug auf die Berichterstattung, den Gemeinderat heraus. Aufgrund der genauen Datenangaben im Schlussbericht der Experten (Personenangaben, Grundstückdaten und weitere) musste eine adäquate Form der Berichterstattung an das Parlament gefunden werden. Obwohl der Vorwurf, möglicherweise berechtigt, laut geworden ist, dass der vorliegende B+A unleserlich bzw. nur schwer nachvollziehbar sei, legen Gemeinderat und Experten Wert darauf, insbesondere die linke Spalte, die Schlussfolgerungen der Experten wiederzugeben (der Text wurde von den Experten gegengelesen) sowie insbesondere in der rechten Spalte, in der der Gemeinderat seine Sichtweise in bezug auf die überprüften Dossiers ausgeführt hat.

Das Resultat der Überprüfung hat den Gemeinderat insofern nicht überrascht, weder eine fehlerlose bzw. mangellose Situation als auch eine katastrophale Situation zu erwarten war. Die Gesamtbeurteilung muss auch unter Berücksichtigung des Umfangs der jährlichen Baugesuchsgenehmigungen von rund 200 sowie den vorliegenden rund 30 geprüften Dossiers stattfinden. Zudem waren die Dossiers sogenannt vorbelastet, d.h. sehr kritische Fragen wurden allenfalls bereits früher in der Bevölkerung laut.

Die Experten stellten einen gravierenden Fehler, verschiedene Mängel, Unzulänglichkeiten, Ungenauigkeiten und Differenzen in der Beurteilung von einzelnen Situationen fest. Insbesondere der markante Fehler in bezug auf die Berechnung der Ausnützungsziffer konnte weder erwartet noch akzeptiert werden. Der Gemeinderat bedauert diese Fehlleistung sehr und wird Baubewilligungen und Gestaltungsplangenehmigungen, die in Rechtskraft erwachsen sind (teilweise bereits vor mehreren Jahren), zur Legalisierung bringen wollen. Dazu sind verschiedene Abklärungen und Verhandlungen mit dem Grundeigentümer notwendig. Die festgestellten Mängel und Ungenauigkeiten wurden teilweise bereits angegangen und wenn immer möglich verbessert. Obwohl die einzelnen Dossiers kaum miteinander verglichen werden konnten, haben sich einige Punkte verdichtet, wie beispielsweise:

- die ungenügende, insbesondere auf den konsequenten Vollzug ausgerichtete Baukontrolle: Bereits im letzten Sommer forcierte der Gemeinderat den Entscheid, die Aufgabe der Baukontrolle wieder zurück in die Verwaltung bzw. ins Baudepartement zu nehmen. Die damals im Auftragsverhältnis übernommene Baukontrolle wurde wieder in die Verwaltung zurückgenommen und das entsprechende Arbeitspensum musste genehmigt werden. Das vorliegende Ergebnis der Experten bestärkt den Gemeinderat, dass die Entscheidung in bezug auf die Baukontrolle sowie die Personalaufstockung im Bereich Baukontrolle und Hochbau absolut notwendig und von hoher Bedeutung war. Der Gemeinderat kann bereits markante Verbesserungen, insbesondere durch konsequente, klare sowie weiterhin auch kundenunterstützende Leistungen feststellen.
- Einige Massnahmen sind relativ unspektakulär und konnten bereits vollumfänglich übernommen werden, wie beispielsweise die konsequente Einforderung vollständiger Gesuchsunterlagen, die Begründung wenn Ausnahmen bewilligt werden, die Forderung nach Präzisionen in der Berechnung der Geschossigkeit sowie in der Formulierung der Ausnutzungsübertragungen (anstatt anrechenbare Geschossfläche, neu anrechenbare Grundstücksfläche).
- Der Gemeinderat konnte in bezug auf die Spielräume bei Ermessungsfragen feststellen, dass auch Juristen sich nicht in allen Punkten einig sind, ist sich aber bewusst, dass es sich auch im Ermessensspielraum aufdrängt nach Grundsätzen sowie Richtlinien zu arbeiten.

- Dort wo Praxisanwendungen in Frage gestellt werden, beispielsweise bei den Abstandsvorschriften von Spielflächen, muss eine Überprüfung und Klärung, insbesondere für den Gemeinderat, stattfinden.
- Die Feststellung, dass die Abläufe zwischen Umwelt und Natur sowie den Baubereichen nicht zu befriedigen vermag, war für den Gemeinderat ebenfalls nicht überraschend. Grundsätzlich liegt in der sehr unterschiedlichen Betrachtungsweise als auch den verschiedenen Gesetzgebungen, die Feststellung nahe, dass sich zwischen Fragen des Umwelt- und Naturschutzes sowie baurelevanten Aspekten ein eigentlicher Widerspruch bzw. Beeinträchtigungen auf tun. Der Gemeinderat beabsichtigt auf diese Frage nicht mit Strukturveränderungen sondern mit verbesserten Arbeitsabläufen sowie einer Verbesserung der Zusammenbeitskultur zu reagieren.
- Auch wenn in einigen Bereichen von Richtlinien oder Hilfsmitteln gesprochen wird, liegt die Intension des Gemeinderates nicht im Bestreben einer Überreglementierung sondern im Sinne von Klärungen zu Handen der Bauherrschaften.

Das Resultat kann aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden. Der Gemeinderat überlässt es dem Einwohnerrat, eine Würdigung aus seiner Sicht vorzunehmen. Der Gemeinderat stellt fest, dass der Auftrag der Motion hiermit erfüllt wurde, das Resultat grundsätzlich nicht vollumfänglich zu befriedigen vermag, jedoch aber auch nicht anders erwartet wurde. Er nimmt aber auch zur Kenntnis, dass allen Beteiligten, Mitarbeitenden und Gremien, grundsätzlich eine sorgfältige Arbeitsweise attestiert wird.

Der Gemeinderat erachtet die Weiterbearbeitung im operativen Tagesgeschäft als notwendig und hilfreich, insofern, dass der Schlussbericht diese Überprüfung als Start und Grundlage zu Verbesserungen betrachtet werden soll.

Im Zusammenhang mit der Überweisung der Motion wurde vor über einem Jahr die Zielsetzung definiert, das Vertrauen in alle Beteiligten der Baubewilligungsverfahren zu stärken und zu unterstützen. Der Gemeinderat hofft, dass aufgrund der Empfehlungen und Massnahmen sowie dem Fazit der Überprüfung das Ziel der Vertrauensstärkung verstärkt werden kann. Er blickt auf eine intensive Zeit zurück und dankt allen daran Beteiligten bestens. Die Zusammenarbeit war stets konstruktiv, grundsätzlich wohlwollend und trotzdem immer mit klaren Rollen und Aufgabenzuteilungen geklärt. Helene Meyer-Jenni dankt insbesondere Romeo Picononi, Urs Manser, Beat Mühlebach sowie dem Gemeindeschreiber Robert Lang für die intensive Arbeit und Auseinandersetzung.

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, vom vorliegenden Bericht Kenntnis zu nehmen und bittet den Einwohnerrat zur Unterstützung der vorgeschlagenen Massnahmen.

Hansruedi Kunz stellt fest, dass nun der lang ersehnte Bericht vorliegt, das Resultat jedoch leider nicht als wirklich erfreulich bezeichnet werden kann. Es gibt einen gravierenden Fall zu vermelden, wobei es schwierig ist, nachzuvollziehen, wie so etwas überhaupt passieren konnte. Des Weiteren gibt es ziemlich viele Mängel, die zu Buche schlagen. Dass Fehler vorkommen, erstaunt weiter nicht. Es ist ja eine Binsenwahrheit, dass dort wo gearbeitet wird, Fehler vorkommen. Allerdings, und das ist auch bekannt, muss durch geeignete Massnahmen sichergestellt werden, dass die Häufigkeit der Fehler minimiert wird, und dass diese auch rechtzeitig erkannt werden.

Heute muss man feststellen, dass in den untersuchten Bereichen der Gemeindeverwaltung Kriens dies nicht in einem wünschenswerten Umfang gelungen ist. Die Häufigkeit von Mängel in den untersuchten Fällen ist beeindruckend. Dabei kommen verschiedene Arten von Mängel vor: Falsche Einschätzung, ungenügende Dokumentation, mangelhafte Begründungen, unvoll-

ständige Baukontrolle – also materielle und formelle Fehler. Allerdings darf aus diesem Ergebnis keine Hochrechnung auf die gesamte Arbeit des Baudepartements (BD) und des Umwelt- und Sicherheitsdepartements (USD) vorgenommen werden. Das zeigt schon die Auswertung der übrigen 10, von den Experten ausgewählten Dossiers. Dort sind weniger Mängel aufgetreten. Man darf aber auch nicht vergessen, dass der Expertenbericht keine umfassende Untersuchung darstellt, sondern nur ausgewählte Fälle beinhaltet. Ob noch weitere Mängel vorhanden sind, bleibt also offen.

Der Gemeinderat schlägt verschiedene Massnahmen vor, die zum Teil schon umgesetzt wurden. Ein besonderes Kapitel stellt die Koordination zwischen Baudepartement und Umweltbereich dar. Der Gemeinderat behauptet, das sei kein Krienser Phänomen. Dem muss entgegengehalten werden, dass dieses Phänomen wohl eine Folge der Organisation ist und der in diesen Bereichen mangelhaften Führung durch den Gemeinderat. Im gleichen Zug muss erwähnt werden, dass solche Konstrukte aus Sicht der Führung besonders anspruchsvoll sind. Obwohl durch gewisse Bemerkungen auch das USD angesprochen wird, hat der zuständige Gemeinderat nicht an der Baukommissionssitzung teilgenommen. Da es sich um ein departementübergreifendes Problem handelt, sei die Frage erlaubt, ob sogar die FGK in irgendeiner Form mit einbezogen werden sollte.

Es ist wohl unbestritten, dass in dieser Angelegenheit schon viel Geschirr zerschlagen wurde. Da genügen Befehle für eine bessere Zusammenarbeit und Durchhalteparolen eindeutig nicht. Zu diesem Thema wird der Sprecher in der Detailberatung noch mehr erwähnen.

Es wäre zu hoffen, dass die ins Auge gefassten Massnahmen geeignet sind, das Problem zu lösen. Gewisse Zweifel bleiben im Raum. Einige Massnahmen können einfach umgesetzt werden, andere sind anspruchsvoller. Der Gemeinderat wäre gut beraten, wenn bei der Umsetzung der Massnahmen das Feld nicht zu eng abgesteckt wird. Eventuell wäre sogar eine externe Unterstützung vorteilhaft.

Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Gemäss Bruno Bienz wird in der Gemeinde Kriens schnell und viel gebaut. Um diese rege Bautätigkeit einigermaßen geordnet ablaufen zu lassen, um nachbarschaftliche Verhältnisse zu schützen, um Freiräume zu erhalten, um Grünräume zu schützen etc. hat sich die Gemeinde ein gutes Bau- und Zonenreglement geschaffen. Mit 27:0 wurde dieses im Jahre 2000 in Kraft gesetzt. Obwohl dieses Reglement Volkswille darstellt und ohne Gegenstimme akzeptiert wurde, scheint der Gemeinderat damit grosse Mühe zu haben.

Er sucht – sofern der Bericht richtig interpretiert wurde – in erster Linie Ausnahmemöglichkeiten: Wie kann man evtl. dennoch höher bauen, als in der Zone erlaubt (Objekt 18)? Wie kann man Abstandsvorschriften untergraben (Objekt 21)? Wie kann man Grünflächenziffern aushebeln (Objekt 8)?

Für die SP/Grüne-Fraktion sind nicht einzelne Fehler das Problem. Wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Insofern zielt ihre Kritik auch nicht auf die Verwaltung, sondern auf die Baubewilligungsbehörde. Die Baubewilligungsbehörde ist in Kriens der Gemeinderat.

Leider konnte man auch bis heute keinen echten Gesinnungswandel oder einen eigentlichen Lernprozess aus dem Gegebenen feststellen. Und hier beginnt für die SP/Grüne-Fraktion das Skandalöse an der Geschichte. Hätte der Gemeinderat ein wenig Asche auf sein Haupt gestreut und durch einen Wechsel in der Praxis aus den Fehlern gelernt, wäre die SP/Grüne-Fraktion milder. Aber, hat der Gemeinderat sich engagiert im Falle der 3x zu gross gebauten Schüür in der Landwirtschaftszone auf dem Sonnenberg? Er rühmt sich, angezeigt zu haben. Das war aber wohl absolut unumgänglich. Die SP/Grüne-Fraktion hätte mehr erwartet. Oder hat der Gemeinderat reagiert, als ein Werkhof sich weit in die Grünzone hinein erweiterte im Schlund? Zeigt er jetzt seinen guten Willen, sorgfältig im Sinne des BZR zu handeln? Die SP/Grüne-Fraktion spürt wenig davon.

Die Tatsache, dass er jetzt eine Baukontrolle eingesetzt hat, ist erst das Aufholen eines Versäumnisses. Diese war bis kurz vor der ganzen Geschichte quasi inexistent. Die härtere Anzeigepaxis lässt die SP/Grüne-Fraktion gelten, das schätzt sie. Allerdings ist damit nicht viel gewonnen; der Bürger ist zwar bestraft, aber dies ist nichts, was ihnen "wohl tut", sondern erst eine sorgfältigere Bewilligungspraxis. Mit jeder Anzeige wird ja bekanntlich die Bauherrschaft aufgefordert, ein ordentliches Gesuch einzureichen. Und dieses muss letztlich im Sinne des Einwohnerrates behandelt werden.

Dennoch, auch die SP/Grüne-Fraktion ist bereit, Asche auf ihr Haupt zu streuen. Selbstkontrolle ist und war der falsche Ansatz. Der Gemeinderat untersucht und erstellt einen Bericht. Dieses Vorgehen ist grundsätzlich falsch, da der Gemeinderat, dem das Baudepartement unterstellt ist, auch Partei ist. Dies ist kein Fehler des Gemeinderates, sondern ein Fehler der Mehrheit des Einwohnerrates, welcher den entsprechenden Auftrag so formuliert hat. Wenn der Gemeinderat unter Punkt 4 Untersuchungsergebnisse in einem Fall von einem Fehler spricht und bei den anderen nur Mängel feststellt, so findet das die Mitglieder der SP/Grüne-Fraktion das schon "dicke Post". Ihrer Meinung nach sind viele der Mängel gravierende Fehler.

Nun zum Bericht, inhaltlich

Keine vollständige Kontrolle, mangelhafter Bericht

- Man muss davon ausgehen, dass die beiden Fachpersonen sich kein Bild vor Ort gemacht haben. Sie berufen sich auf die Aussagen des Baudepartements und die vorgefundenen Planunterlagen. Ob die Pläne in Realität, auf dem Feld, dann auch so umgesetzt wurden, wäre für das Untersuchungsergebnis von grosser Bedeutung gewesen. Hier bleibt ein sehr fahler Nachgeschmack übrig.
- Die Kontrollierten kontrollieren im Auftrag der Kontrolleure sich gleich selbst.
- Die Unterlagen zur Baubewilligung sind dermassen mangelhaft, dass sich der Geländeverlauf des Terrains nicht mehr eruieren lässt. Heute kann angeblich nicht mehr nachgewiesen werden, ob ein Stockwerk zuviel erstellt wurde oder nicht. Genau dies aber hätte man wissen wollen im Gespräch mit den Leuten aus der Bevölkerung hätte genau diese Frage sehr interessiert. Ein Gegenbeweis bleibt der Gemeinderat leider schuldig.
- An der südlichen Nachbarsgrenze soll die Mauerhöhe 1.50 m betragen. Der Sprecher selber war vor Ort. Es gibt dort gar keine Mauer. Ein Gartenhag trennt die Grundstücke. Solche Aussagen nehmen ihm das Vertrauen, dass es sich beim Bericht um ein seriöses Aufbereiten handelt
- Wenn ein Unterabstand zu einer Hecke nur 20 cm betragen soll (laut Experten) ist es schwer vorstellbar, dass diese 20 cm die Erstellung von 2 Abstellplätzen inkl. Wendemöglichkeit verhindert hätte. Ist es hier nicht um viel mehr gegangen?

Man muss leider auch annehmen, dass der Gemeinderat als betroffene Partei, einen erheblichen Einfluss auf die Gestaltung des Berichts genommen hat, um die Resultate in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen. Beweisen kann man diese Tatsache nicht, aber der Text des Gemeinderates als Reaktion auf jedes untersuchte Objekt ist deutlich länger als der Text von den Herren Manser und Picononi.

Fazit:

- Die Baukontrolle war bisher absolut ungenügend oder gar inexistent.
- Der Gemeinderat hat das ihm zustehende Ermessen in vielen Fällen überschritten
- Die aufgedeckten Mängel zeigen, dass wir es mit ernsthaften Mängeln zu tun haben.

Welche Lehren wurden gezogen? Ist Besserung in Sicht?
Die Massnahmen im Bericht und Antrag sind ungenügend:

- Hat sich die Praxis verbessert?
- Welche Qualitätsziele wurden definiert, damit gemessen werden kann, ob eine Verbesserung eintritt oder nicht?
- Ohne messbare Kriterien kann keine Aussage gemacht werden, ob und in welchem Umfang Verbesserungen erzielt wurden.
- Nur messbare Massnahmen erlauben eine objektive Messung der Verbesserung.

Wie sieht die Situation heute aus?

Wie bereits erwähnt, spürt die SP/Grüne-Fraktion zuwenig von einer Aufbruchstimmung. Die Befürchtungen sind gross, dass im Baubewilligungswesen nicht viel ändert. Mit Nachdruck will sie darauf hinweisen, dass sie nicht das Bauen verhindern wollen, sondern dass alle Bauwillige mit gleichen Ellen gemessen werden und die geltenden Gesetze mit Nachdruck eingehalten werden müssen.

Die SP/Grüne-Fraktion erwartet von beiden betroffenen Departementen die notwendigen Schritte aufeinander zu. Sie will keine Überreglementierung und kein "Laisser-faire", sondern die Umsetzung des politischen Willens, einen Gemeinderat, der eine Praxis anwendet, die dem BZR und übrigens auch dem Parkplatzreglement entspricht.

Sie fordert dies nicht des Reglementwillens, sondern weil sie eine wohnliche sympathische Gemeinde will. Die SP/Grüne-Fraktion will den Schutz der Naherholungsgebiete, den Schutz der Bachufer, Waldränder und Grünzonen, sie will Transparenz im Bewilligungsverfahren und die Gleichbehandlung der Bürgerinnen und Bürger, den Schutz der Nachbarschaftsinteressen, womit man wieder beim Bläsihoger wäre – zurück, ganz am Anfang der Geschichte.

Um an dieses Ziel heranzukommen bittet der Sprecher, den vorliegenden Antrag der SP/Grüne-Fraktion zu unterstützen. Der Gemeinderat signalisiert guten Willen mit der Aussage, dass er die Abläufe prüfen will. Die SP/Grüne-Fraktion will aber das Resultat seiner Prüfungen kennen lernen, damit das Vertrauen der Bevölkerung wieder hergestellt werden kann.

Der Antrag der SP/Grüne-Fraktion lautet wie folgt:

neue Ziffer 4: *Der Gemeinderat orientiert nach Ablauf eines Jahres den Einwohnerrat über das Resultat der geprüften und umgesetzten Massnahmen, insbesondere auch die Abstandsregelung bei Spielflächen, Nachweis/Ersatzabgabe für Erstellung von Spielflächen usw.*

Martin Heiz dachte beim Studieren den Bericht und Antrag, dass man Glück hatte. In der BK sind jedoch einige Sachen zum Vorschein gekommen. Von 31 überprüften Dossiers waren 18 Dossiers, wo etwas geändert bzw. korrigiert werden muss. Das Geld für die Überprüfung wurde richtig investiert. Von den in den letzten fünf Jahren ca. 1'100 Baubewilligungen wurden 31 überprüft. Der Sprecher fragt sich – wenn man diese Zahlen hochrechnet – was passiert, wenn 100 Dossiers überprüft worden wäre.

Das Baudepartement hat keinen Ermessungsspielraum. Dieser liegt klar beim Gemeinderat. Er trägt darum auch die Verantwortung. Dies wird zum Teil beschönigt. Der Antrag der BK ist richtig. Die Umsetzung darf nicht fallweise geschehen. Die neu geschaffene Stelle im BD ist ein Ansatz, jedoch nicht alles. Die BK muss nachträglich informiert werden, was das Fazit aus dem Bericht ist. Die SVP wird in der Detailberatung noch einen Antrag betreffend Öffentlichkeitsprinzip stellen. Sie kann den Bericht und Antrag nicht einfach so zur Kenntnis nehmen. Der Bericht wird mit Zähneknirschen zur Kenntnis genommen. Man muss Lehren daraus ziehen.

Für Judith Luthiger namens der SP ist der Untersuchungsbericht eine Bestätigung, dass ihre Motion richtig war. Die Überweisung der Motion habe dem Gemeinderat Dampf gemacht und einiges ausgelöst. Die jahrelange alte Praxis musste überdacht werden, und es mussten Schritte Richtung Verbesserung gemacht werden. Im Bericht gibt es für die Sprecherin 4 Punkte, auf die sie eingehen möchte: Qualitätsmanagement, Umsetzung des politischen Willens, Kultur für Baukontrolle, Zusammenarbeit Baudepartement und Umweltschutzstelle.

Zum Qualitätsmanagement

Mit gewissem Erstaunen und Kopfschütteln hat die SP von den Form- und Verfahrensfehlern gelesen. Es darf nicht mehr vorkommen, dass unvollständige Baugesuche entgegengenommen werden oder nicht einmal eingefordert werden. Gerade die Punkte Ausnützungsziffer und Gestaltungsplan sind unabdingbare wichtige Bestandteile einiger Baugesuche; von den unvollständigen Protokollen gar nicht zu sprechen.

Die einfache Bürgerin, der einfache Bürger wird angehalten, z.B. beim Bau einer Dachlukarne oder einem Velounterstand einen Berg von Dokumenten einzureichen, werden aber ganze Neubauten erstellt, so durften unvollständige Baugesuche eingereicht werden, Gestaltungspläne fehlten, Ausnützungsberechnungen waren unvollständig usw.. Das kann und darf nicht akzeptiert werden. Da wurde unsorgfältig gearbeitet.

Im Baudepartement hat man jetzt Mängel erkannt. Es wird auch versprochen, konsequent Anzeigen zu machen. Die Aufstockung um 100 Stellenprozente war bitter nötig. Es wird sich zeigen, ob diese Stellenprozente ausreichend sind und ob die Verbesserungen tatsächlich umgesetzt werden. Die Baukommission wird sich auf dem Laufenden halten.

Umsetzung des politischen Willens

Anlässlich der Revision des letzten Zonenplans und des Bau- und Zonenreglements anno 2000 hat eine breit abgestützte Kommission gute neue Grundlagen geschaffen. So sind nach harten politischen Diskussionen und auch bei der Suche nach Kompromissen beispielsweise die Gestaltungsplanpflicht, die Zone „exponierte Hanglage“, der Ortsbildschutz, die Grünflächenziffer usw. eingeführt worden. Diese alle entsprechen einem politischen Willen. Juristen und Fachleute haben diesen dann in eine reglementarische Form gebracht. – Es soll ihrer Ansicht nach Pflicht der „Verwaltung“ sein, diese politischen Wünsche zu erfüllen. Sie hat – nach diesem Baucontrolling – aber die Vermutung, dass seitens der Verwaltung primär die Ausnahmeregel anvisiert worden ist, anstatt dass man zuerst den politischen Willen durchzusetzen versucht hat. Möglicherweise sind in der Bauverwaltung auch Irrtümer oder Nachlässigkeiten begangen worden, für die dann mit der Anwendung der Ausnahmeregel ein Ausweg gesucht worden ist.

Zur Kultur der Baukontrolle

Auch hier hat der Bericht massive Mängel ans Tageslicht gebracht. In mehreren Fällen hat es an der Nachkontrolle gehapert. Es kann nicht sein, dass Nachbarn diese Kontrollfunktion übernehmen und Meldung machen müssen, weil das Baudepartement kein Personal zur Verfügung hat. Der neue Mitarbeiter ist für die Baukontrollen zuständig und die SP erhofft sich massive Verbesserungen. Das heisst, sie will, dass allfällige Mängel sofort erkannt und behoben werden. Eine restriktivere Praxis muss angewandt werden.

Zur Zusammenarbeit Baudepartement und Umweltschutzamt

Da ist offensichtlich noch etwas zu tun. Eine bessere Zusammenarbeit ist dringend nötig. Es ist gesetzlich Pflicht, Baugesuche auf deren Umweltverträglichkeit zu prüfen. Deshalb macht es für die SP Sinn, dass die Umweltverträglichkeit nicht im Baudepartement, sondern unabhängig im Umwelt- und Sicherheitsdepartement überprüft wird. Jedoch soll der Ermessensspielraum anders gehandhabt werden. Der Ermessensspielraum und die Ausnahmegewilligung

gen im Baudepartement wurden, wie im Bericht zu lesen ist, mehrheitlich voll ausgenützt, man wäre da und dort zu "larsch", während man im Umwelt- und Sicherheitsdepartement eher zu pingelig ist und zu wenig Ermessensspielraum gewährt. Hier müssen die beiden Departemente einen Mittelweg finden. Das ist nach der Meinung der SP Chefsache, d.h. die Departementsvorsteher müssen verträgliche Lösungen finden und die Verantwortung tragen, wenn sich die Fachpersonen nicht einigen können.

Die SP will vorwärts schauen, findet die eingeleiteten Massnahmen im Bericht und Antrag sinnvoll und nimmt den Bericht zur Kenntnis. Die Baukommission muss jedoch weiterhin kritisch die Arbeit von Baudepartement und Umweltschutzamt überprüfen.

Gemäss Rolf Bättig wollte die Mehrheit des Einwohnerrates Klarheit im Bereich der Baubewilligungserteilung. Der Bericht liefert diese Klarheit. Auf der Basis einer seriösen Expertentätigkeit der Herren Piconi und Manser, die den Blickwinkel der Praktiker nie vermissen liessen, wurden 31 Bewilligungen begutachtet. Vorab gilt es, die 31 Gesuche in eine Relation zu setzen. Pro Jahr werden rund 180 Baubewilligungen erteilt. Der Untersuchungszeitraum erstreckte sich über die Jahre 2000 bis 2006, also rund 7 Jahre; somit beträgt die Gesamtmenge der Baubewilligungen rund 1'200. Die Experten haben also rund 0.25 % der Gesamtmenge untersucht. Was ist das Fazit? Was kam heraus?

Ein Fehler und diverse Mängel wurden erkannt. Oder anders ausgedrückt, wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Dies ist sicherlich nicht nur im Baubewilligungsbereich so, sondern auch in andern Departementen. Letztendlich ist dies sogar effizient und gut, denn eine Nullfehlerkultur kann sich niemand leisten, weil sie viel zu viel Kontrollaufwand verlangt und diese lähmend auf das Arbeitsverhalten wirkt, da die Mitarbeitenden nur noch Angst vor dem Fehlermachen haben.

Es gilt nun sicherzustellen, dass Bauen nicht "a priori" zu einem kriminellen Akt wird. Bauwillige sind Mitbürger, die etwas investieren wollen. Es gibt wohl kaum einen Bereich, der von einer so kompakten Regelungsdichte erfasst ist, wie die Bauerei (dies hat nichts mit Bauern zu tun, obwohl dort die Regelungsdichte auch ziemlich happig ist...). Die vorhandenen gesetzlichen Vorschriften sollen eingehalten werden, das ist unbestritten. Etwas kritischer muss man mit *Kann-Formulierungen* umgehen. Kann ist nicht muss, ob dies einem politisch nun passt oder nicht.

Und somit zum Thema Ermessensspielraum: Dank sei dem Gemeinderat, dass er seinen Ermessensspielraum ausgenutzt hat. Der Ermessensspielraum ist ein gutes Instrument, um eine gesamtheitliche Würdigung vorzunehmen und die entsprechenden Erwägungen zu berücksichtigen. Ermessensspielraum gibt es in unzähligen Situationen und Bereichen und dies zu Recht. Man will entscheidungsfreudige Personen mit einem gesunden Menschenverstand und nicht Roboter und Schreibtischtäter. Ermessensspielraum hat jedoch immer das Gesamtwohl der Bürger im Auge zu behalten.

Wenn man die gerügten Mängel in den untersuchten Dossiers betrachtet, so ist mindestens der Sprecher erstaunt, welche Detailkenntnisse unbeteiligte Dritte haben/hatten, damit sie mögliche „Mängel“ rügen konnten. Aus seiner Sicht wurden mögliche Ungereimtheiten zitiert, die eigentlich nur der Gesuchsteller oder jemand mit Dossierkenntnis haben konnte. Das Controlling scheint also schon früher gut funktioniert zu haben. Wie man weiss, ist der Nachbar der beste Controller und dies erst noch gratis.

Was darf nicht die Konsequenz des B+A sein?

Der Bericht und Antrag darf nicht als Grundlage für eine Überreaktion im Kontrollwesen dienen. Die Massstäbe des Controllings sollten in den verschiedenen Bereichen ausgemittelt angewandt werden. Rolf Bättig denkt dabei an Controlling im Sozialwesen oder Steuerwesen

oder Bildungscontrolling. Man sollte auch den Bereich der Kontrolle ganzheitlich angehen und nicht nur aufs Bauen fokussieren.

Was hat der Bericht weiter gezeigt?

Es zeigte sich, übrigens einmal mehr, dass in Kriens eine Schnittstellenproblematik besteht, da die Umwelt- und Naturschutzstelle und die Baubewilligungsbehörde zwei verschiedenen Departementen unterstellt sind. Dies im Gegensatz zum Bund (UVEK) und zum Kanton (BUWD). Grundsätzlich gilt es, aus Effizienzgründen Schnittstellen zu vermeiden. Dieses Erkenntnis ist personenunabhängig. Beim Bund und beim Kanton funktioniert das Wirken unter einem gemeinsamen Dach aus Rolf Bättig's Werte gut. Im vorliegenden Bericht und Antrag wird nun vorgeschlagen, die Schnittstelle beizubehalten und die Reibungsverluste durch Arbeit an der Zusammenbaukultur zu verringern. Dabei soll auch an die Kunden gedacht werden und die Situation aus der Aussensicht, losgelöst von Namen und Prestige, betrachtet werden.

Zum Stichwort Aussensicht: Kriens hat es mit Baubewilligungen in die nationale Medienlandschaft gebracht. Die Meldungen waren nicht unbedingt positiv. Der Bericht hat gezeigt, dass dieses beschworene Negativimage nicht zutrifft. Er stellt keinen Persilschein aus, aber er erläutert glaubhaft, dass keine vorsätzlichen Fehler begangen wurden. Nehmen wir nun den Bericht, schauen wir in die Zukunft und beauftragen wir den Gemeinderat, die geforderten Massnahmen umzusetzen.

Die FDP-Fraktion nimmt den Bericht und Antrag zu Kenntnis.

Räto Camenisch stellt fest, dass die ganze Angelegenheit durch das Problem "Bläsihoger" ausgelöst wurde. Der Gemeinderat bzw. das BD hat Fehler begangen. Die SVP hat damals beantragt, dass alle Baubewilligungen der letzten paar Jahren untersucht werden müssen. Im Nachhinein ist man froh, wurde dies nicht gemacht. Was wäre wohl sonst noch alles ans Licht gekommen? Mit dem damaligen Antrag der SP wurde eine moderate Lösung gefunden. Man will, dass die Gemeinde Kriens gut dasteht und nicht wie eine Bananenrepublik angeschaut wird. Nun ist der Bericht vorhanden. Es wurden relativ viele Fehler gefunden. Von 31 Dossiers waren gerade 12 in Ordnung. Wenn man diese Zahlen auf die jährlichen Dossiers hochrechnet, ist dies gravierend. Das Bauamt arbeitet gut, aber in vielen Fällen auch ungenügend. Man hat personelle Konsequenzen gezogen – es wurde ein Baukontrolleur eingestellt. Aber warum wurden keine politischen Konsequenzen gezogen? Genügen die Massnahmen, die gemacht wurden. Braucht es nicht einen Neuanfang im Controlling? Die SVP ist der Auffassung, dass die Umweltschutzstelle zum Baudepartement gehört.

Die Untersuchung hat Fr. 200'000.00 gekostet. Diese Kosten waren es aber wert. Die gemachte Arbeit darf nun nicht einfach in der Schublade verschwinden.

Eigentlich ist die SVP gegen das Öffentlichkeitsprinzip. Der Einwohnerrat hat sich aber in seiner ersten Lesung bei der Behandlung der neuen Gemeindeordnung 2008 dafür ausgesprochen. Nun stellt die SVP den Antrag, dass das Öffentlichkeitsprinzip bereits hier angewendet werden soll.

Der Antrag lautet wie folgt:

Auf die Untersuchung von Baubewilligungen und Gestaltungsplangenehmigungen in der Gemeinde Kriens wird das Öffentlichkeitsprinzip der neuen Gemeindeordnung 2008, wie es aus der 2. Lesung hervorgehen wird, angewandt.

Helene Meyer-Jenni nimmt wie folgt zu den vorgängigen Voten Stellung:

- Definition von Fehlern und Mängeln – Ungenauigkeit: Dem Gemeinderat geht es nicht darum, etwas zu verharmlosen.

- Der Expertenbericht wird von "manipuliert" bis "seriös" beurteilt.
- Auch der politische Wille wird sehr unterschiedlich beurteilt. Der Ermessensspielraum liegt klar beim Gemeinderat.
- Die Hochrechnungen haben bereits zu mathematischen Leistungen geführt. Dies sind jedoch alles Spekulationen. Es hat Momente gegeben, da wäre der Gemeinderat froh gewesen, man hätte alle Dossiers überprüfen können.
- Die Kosten für die Untersuchung belaufen sich niemals auf Fr. 200'000.00.
- Cyrill Wiget nahm nicht an der entsprechenden BK-Sitzung teil, weil der Wunsch dazu nicht geäußert wurde und dies auch nicht so im Normalfall "gehandhabt" wird.
- Der Gemeinderat distanziert sich von den Vorwürfen, dass die Gesetze "ausgehobelt" wurden, der Bericht eine Verharmlosung und Kriens eine Bananenrepublik sei.
- Die Umsetzung von BZR entspricht dem politischen Willen. Dabei sind Ausnahmegewilligungen vorgesehen. Diese werden jedoch vom Gemeinderat und nicht von der Verwaltung vorgenommen.
- Kriens übte keine restriktive Anzeigepflicht aus. Man muss sich dabei vor Augen halten, dass dies zu eigenartigen Situationen führen kann.
- Zusammenarbeit zwischen USD und BD: Hier wird der Gemeinderat eine schonungslose Analyse veranlassen. Die Abläufe müssen angeschaut werden. Es ist Chefsache d.h. Aufgabe des Gemeinderates, ob Bewilligungen zu "larsch" oder zu konsequent erteilt werden.
- Messbare Kriterien wären das Einfachste und Bequemste. Es ist aber nicht immer alles messbar. Es gibt kein Instrument dazu.
- Controlling beinhaltet Kontrolle. Es ist aber mehr als nur das. Wenn man in anderen Bereichen eine Kontrolle durchführen würde, käme man zu ähnlichen Ergebnissen.
- Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Umsetzung der Empfehlungen und Massnahmen in erster Linie eine inhaltliche und nicht eine Strukturfrage ist.
- In Bezug auf den Antrag der SVP betreffend Öffentlichkeitsprinzip soll bitte Urs Manser Stellung dazu nehmen. Als Jurist kann er dazu kompetent Auskunft geben.

Der Gemeinderat distanziert sich klar von Rücktrittsforderungen und Unterstellungen. Der Bericht wurde seriös verfasst. Man hat präzise hingeschaut. Zudem datiert der Schlussbericht vom 13. März 2007. Er wurde also nicht, wie erwähnt, bereits im Dezember 2006 erstellt. Der Gemeinderat brauchte für den Bericht und Antrag viel Zeit.

Urs Manser stellt klar und bestätigt, dass die Experten unabhängig miteinander gearbeitet haben und nicht beeinflusst worden sind.

Zum Öffentlichkeitsprinzip: Wie in der Sitzung der BK bereits erwähnt wurde, verlangt das Öffentlichkeitsprinzip Transparenz sowie aber auch die Gewährleistung der schützenswerten Daten. Das Gegenteil vom Öffentlichkeitsprinzip ist das Geheimhaltungsprinzip, welches im Verwaltungsverfahren angewendet wird. Einzelne Daten sind einsehbar, auch in abgeschlossenen Fällen, jedoch nicht Daten von Drittpersonen.

Massgebend ist, dass die BK den ganzen Bericht inkl. vertraulicher Schlussbericht erhalten hat und somit die Transparenz gewährt wurde. Dies muss genügen.

Matthias Senn stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun die Detailberatung erfolgen kann.

Detailberatung

Allgemeine Feststellungen. Ziff. 16 (Umweltschutzstelle) S. 21

Hansrudi Kunz erwähnt, wie bereits beim Eintreten, dass auch die Schnittstellen zwischen Baudepartement und dem Umweltbereich zu Kritiken Anlass gegeben haben. Der Gemeinderat selber gibt zu, dass bei der „parallelen Bearbeitung von Themen die Gefahr von Friktionen bestehe“. Da kann man sagen, die Friktionen sind vorhanden. Der Gemeinderat strebt eine Klärung in dieser Frage an, ist aber offensichtlich nicht bereit, dieses Problem grundsätzlich anzugehen. Das geht zumindest aus der Aussage: „dass an der bisherigen Aufgabentrennung festgehalten werden soll“ hervor. Er verlangt lediglich „eine Verbesserung der Zusammenarbeit, aber auch der Zusammenarbeitskultur.“

Leider muss befürchtet werden, dass dieser Ansatz wenig geeignet ist, um das Problem nachhaltig zu lösen. Sie haben mit einem Schnittstellenproblem zu tun und deshalb ist es notwendig, die Stellen zu koordinieren. Durch geschickte Massnahmen kann der Koordinationsaufwand klein gehalten werden. Aus diesem Grunde sollen Stellen, die eng zusammenarbeiten müssen, auch aufbauorganisatorisch nahe zusammen sein. Dadurch würde der Koordinationsaufwand kleiner. Das ist ein theoretischer Aspekt. Eine praktische Voraussetzung, dass die Zusammenarbeit funktioniert, ist, dass sich die Kontrahenten auf der obersten Führungsebene einig über die anzustrebenden Ziele sind.

Man muss davon ausgehen, dass dies in der Gemeinde Kriens nicht in vollem Umfang der Fall ist. Man geht wohl nicht fehl mit der Behauptung, dass die Folgen davon Querelen sind, die sich schlussendlich in roten Köpfen niederschlagen.

Es wäre billig, die Behauptung in die Welt zu setzen, dass nur eine Seite zu diesem Malaise beitrüge und die andere mit reiner Weste dasteht. Man kann davon ausgehen, dass auf beiden Fronten hartnäckig am eigenem Standpunkt festgehalten wird. Das ist für das Image von Kriens nicht gerade förderlich. Aber nicht genug damit. Auch in der Öffentlichkeit merkt man, dass etwas nicht stimmt. Das ist schlecht für die Bauwilligen, das ist schlecht für den Umweltschutz und das ist schlecht für das Image der Gemeinde.

Abschliessend darf bezweifelt werden, ob der Gemeinderat die Problematik wirklich erkannt hat. Man spricht ja von einem Problem, das nicht erst mit diesem Bericht zu Tage gekommen ist, sondern das schon seit Jahren bei den Krienser Bauwilligen auf Unverständnis und Unmut stösst.

Dieses Problem lässt sich auch nicht mit einer verbesserten Zusammenarbeitskultur lösen. Richtig wäre, wenn der Gemeinderat eine schonungslose Analyse der Situation machen und die Ursachen dieser Probleme auf den Tisch legen würde. Aus dieser Lageanalyse wären die sich aufdrängenden Massnahmen zu ermitteln und umzusetzen. Das wäre sicher ein Erfolg versprechendes Vorgehen zum Nutzen aller Beteiligten.

Hansruedi Kunz hofft sehr, dass der Gemeinderat sich bereit erklärt, über die Bücher zu gehen und stellt folgenden Antrag:

3. Der Antrag der BK ist wie folgt zu ergänzen: *„erstmals Ende 2007“*.
4. *Der Gemeinderat wird beauftragt, sich in besonderen Masse mit der Problematik "Zusammenarbeit zwischen Bau- und Umwelt- und Sicherheitsdepartement" zu befassen und konkrete Lösungen vorzuschlagen, zu erarbeiten und umzusetzen. Er orientiert die Baukommission, die Umwelt- und Sicherheitskommission und die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission über das Vorgehen, die geplanten und die umzusetzenden Massnahmen.*

Helene Meyer-Jenni opponiert namens des Gemeinderates dem Antrag nicht. Wenn es nur eine Strukturfrage wäre, würde sie sich wiederholen. Es geht aber um die Aufgabenstellung. Es sind verschiedene Personen, die verschiedene Aufgaben erledigen. Es sind banale Abläufe. Das gleiche Ziel soll angestrebt werden. Dabei müssen sich beide Fronten bewegen. Es ist jedoch Aufgabe des Gemeinderates, dies unter Einhaltung der Gesetzesvorlagen zu koordinieren. Wenn der Antrag so verstanden wird, kann er entgegengenommen werden.

Erich Tschümperlin ist froh, dass die Umweltschutzstelle nicht im BD enthalten ist. Wenn die Umweltschutzstelle nämlich nicht so kritisch wäre, wären vielleicht noch mehr Mängel zum Vorschein gekommen. Das Umweltrecht hat es zurzeit ein bisschen schwer. Der Bericht hat einen roten Faden: Verschiedene Sachen wie Waldabstand etc. wurden nicht eingehalten. Die Interessen der Bauherren wurde wahrgenommen, dafür hat man sich weniger an die Gesetze gehalten.

Für Martin Heiz ist der Antrag von Hansruedi Kunz ein Weg in die richtige Richtung. Er würde diesen jedoch noch verschärfen. "Im besonderen Masse" ist nicht messbar. Es muss ein Ziel festgelegt werden, denn dieses ist messbar. Er schlägt "Ende 2007" als möglichen Termin vor. Die SVP unterstützt den Antrag.

Judith Luthiger fragt sich, ob der Antrag nötig ist. Der Beschlusstext definiert klar, was der Gemeinderat unternehmen muss. Auf S. 23 des Berichts steht: "...Der Gemeinderat hat – vor allem im Interesse der Kundschaft – die notwendigen Massnahmen zu treffen. Der Gemeinderat verlangt eine Verbesserung der Zusammenarbeit, aber auch der Zusammenarbeitskultur." Die Sprecherin wehrt sich gegen den Antrag.

Gemäss Hansruedi Kunz ist sein Antrag sehr wohl nötig. Der Gemeinderat verlangt nur – aber von wem? Der Einwohnerrat verlangt, dass der Gemeinderat die Massnahmen umsetzt. Der Gemeinderat hat seine Führungsaufgabe in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Sonst hätte Kriens nicht diesen Imageschaden. Es muss versucht werden, diesen "wegzubringen". Der Gemeinderat und die Verwaltung müssen ein gutes Image haben. Vielleicht ist dazu nötig, die zwei Abteilungen zusammenzulegen. Der Gemeinderat muss die Chance haben, dies zu analysieren und zu prüfen.

Laut Helene Meyer-Jenni hat sich der Gemeinderat oft und lange mit der Frage auseinandergesetzt, wo die Umweltschutzstelle anzusiedeln ist. Er hat beschlossen, dass sie beim USD bleiben soll. Die Fokussierung auf diesen einzelnen Punkt wird dem Gesamtauftrag nicht gerecht. Helene Meyer-Jenni kann nachvollziehen, dass dort ein Augenmerk vorhanden ist, man muss aber immer eine Gesamtschau auf das Ganze haben.

Rolf Bättig glaubt, dass der Antrag von Hansruedi Kunz unterstützt werden kann. Das Thema ist ein Brennpunkt in Kriens. Es wäre eine Chance. Es werden oft "Unterstellungen" angebracht. Dies ist nicht fair. Es sollen keine Hahnenkämpfe stattfinden. Vom Gemeinderat wird eine saubere Analyse gefordert.

Gemäss Franz Baumann wurde von Hansruedi Kunz der Imageschaden erwähnt. Kriens hatte dies, als Berichte im Beobachter und anderen Medien veröffentlicht wurden, jedoch nicht wegen dem Fehlverhalten der Umweltschutzstelle. Die Bevölkerung hat sich über das Bauverhalten aufgeregt. Es wurde jedoch kein Imageschaden im "Grünbereich" festgestellt. Baubereich und Grünbereich sind in zwei verschiedenen Departementen angegliedert. Beide Bereiche müssen immer sorgfältig Abklärungen treffen. Es sind zwei Chefs dafür verantwortlich und dies ist wichtig. Bei einer gemeinsamen Ansiedlung im Baudepartement könnte die Gefahr bestehen, dass Umwelthanliegen verniedlicht werden.

Hansruedi Kunz hat nicht den "Grünen" den Imageschaden angelastet. Er will nicht, dass die Umweltschutzstelle dem BD angegliedert wird, sondern dass dies überprüft wird. Der Gemeinderat muss nochmals über die Bücher gehen. Selbstverständlich ergänzt er seinen Antrag mit dem von Martin Heiz vorgeschlagenen Termin "Ende 2007".

Rolf Bättig nimmt Stellung zum Votum von Franz Baumann. Das Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) steht nur unter der Leitung von Moritz Leuenberger. Es ist nicht schlecht, wenn nur eine Person verantwortlich ist. Es sind Gesetze vorhanden, an die man sich halten muss.

Matthias Senn stellt fest, dass kein Rückkommen verlangt wird und somit der Antrag der BK zur Abstimmung gelangt.

Auf Verlangen von Martin Heiz wird zuerst Ziffer 2 ("fallweise" streichen) des Beschlusstextes noch bereinigt, wie es die BK beantragte.

Dieser Änderung wird nicht opponiert.

Der Antrag der BK lautet somit wie folgt:

2. *Der Gemeinderat wird beauftragt, die Empfehlungen und Massnahmen von den Experten und dem Gemeinderat umzusetzen.*
3. *Der Gemeinderat orientiert die Baukommission jährlich bezüglich der Umsetzung der Empfehlungen und Massnahmen, erstmals Ende 2007.*

Abstimmung

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Der Antrag der SP/Grüne-Fraktion lautet wie folgt:

neue Ziffer 4: *Der Gemeinderat orientiert nach Ablauf eines Jahres den Einwohnerrat über das Resultat der geprüften und umgesetzten Massnahmen, insbesondere auch die Abstandsregelung bei Spielflächen, Nachweis/Ersatzabgabe für Erstellung von Spielflächen usw.*

Gemäss Helene Meyer-Jenni nimmt dieser Antrag explizit Teile von Massnahmen heraus. Der Antrag entspricht sonst dem Antrag der BK, ausser dass hier der ganze Einwohnerrat informiert werden muss. Es ist jedoch sinnvoller und effizienter, wenn nur die BK informiert wird. Schliesslich ist jede Fraktion in dieser Kommission vertreten.

Bruno Bienz verlangt, dass der gesamte Einwohnerrat vom Bericht der Massnahmen Kenntnis haben darf und nicht nur die Mitglieder der BK.

Rolf Bättig ist der Auffassung, dass die BK für diese Angelegenheit verantwortlich ist. Wenn man jedoch will, dass die Medien darüber schreiben, muss der Antrag der SP/Grüne-Fraktion angenommen werden. Der Vorschlag von Bruno Bienz wertet die Kommissionsarbeit ab. Rolf Bättig beantragt, den Antrag von der SP/Grüne-Fraktion abzulehnen.

Franz Baumann stellt fest, dass gemäss Ziffer 3 des BK-Antrages der Gemeinderat jährlich zu informieren hat. Der Antrag der SP/Grüne-Fraktion fordert eine zusätzliche einmalige Information an das gesamte Parlament. Es wäre politisch klug, wenn der Gemeinderat nach Ablauf eines Jahres die Öffentlichkeit über die Massnahmen informieren würde.

Helene Meyer-Jenni bittet jedoch, dann den Zeitabstand zu koordinieren. Sonst ist der Gemeinderat nämlich nur immer am Bericht erstatten.

Martin Heiz opponiert dem Antrag. Wer überprüft dann wieder die Resultate? Dem Gemeinderat wird ja nicht so recht Glauben geschenkt.

Gemäss Pia Zeder sieht es so aus, als ob Einzelheiten "herausgepickt" werden, dabei ist dies nur eine beispielhafte Aufzählung. Hier geht es um den Grundsatz. Die SP/Grüne-Fraktion will in einem Jahr wissen, wie das Resultat aussieht. Die von Helene Meyer-Jenni geforderte zeitliche Verschiebung ist sinnvoll. Es wäre dazu jedoch ein Rückkommen zum BK-Antrag nötig. Der Antrag der SP/Grüne-Fraktion ist eine einmalige Angelegenheit.

Abstimmung über den Antrag der SP/Grüne-Fraktion
Mit 17:10 Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den folgenden Antrag von Hansruedi Kunz mit Ergänzung:
4. *Der Gemeinderat wird beauftragt, sich in besonderen Masse mit der Problematik "Zusammenarbeit zwischen Bau- und Umwelt- und Sicherheitsdepartement" zu befassen und konkrete Lösungen vorzuschlagen, zu erarbeiten und umzusetzen.
Er orientiert erstmals Ende 2007 die Baukommission, die Umwelt- und Sicherheitskommission und die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission über das Vorgehen, die geplanten und die umzusetzenden Massnahmen.*
Der Antrag wird mit 20:1 Stimmen angenommen.

Antrag der SVP betreffend Öffentlichkeitsprinzip

Auf die Untersuchung von Baubewilligungen und Gestaltungsplangenehmigungen in der Gemeinde Kriens wird das Öffentlichkeitsprinzip der neuen Gemeindeordnung 2008, wie es aus der 2. Lesung hervorgehen wird, angewandt.

Räto Camenisch ist mit der Antwort von Urs Manser nicht einverstanden. Die Aussage hinterlässt nur Fragezeichen. Es ist politischer Wille, dass das Öffentlichkeitsprinzip eingeführt wird, sofern das Stimmvolk zustimmt. Ob dies jetzt schon oder erst ab 01. Januar 2008 gilt, spielt keine Rolle. Der Einwohnerrat macht überall die "Klappe" zu und sagt Stopp, dabei steht er zum Öffentlichkeitsprinzip. Die SVP will das Öffentlichkeitsprinzip bereits jetzt einführen, ohne Gesetze zu verletzen. In der ganzen Geschichte mit dem Baucontrolling gibt es Personen, die geschädigt sind und nun Transparenz wollen. Der Einwohnerrat ist hier, um Politik für den Bürger zu machen.

Für Pia Zeder ist das Öffentlichkeitsprinzip eine Selbstverständlichkeit. Wenn die Bevölkerung dies will, dann gilt es für alle Verwaltungshandlungen. Welche Akten eingesehen werden dürfen, muss in einem Reglement geregelt werden, dies gilt auch für die Bauakten. Es geht jedoch nicht, wenn der Antrag der SVP ohne Prüfung des Datenschutzes genehmigt wird. Pia Zeder befürwortet das Öffentlichkeitsprinzip, die persönlichen Daten müssen aber jederzeit geschützt werden. Bis jetzt können Direktbetroffene Antrag auf Akteneinsicht stellen. Mit dem Öffentlichkeitsprinzip kann jeder Bürger Akteneinsicht verlangen.

Gemäss Stefan Meyer gibt es für den Bürger immer noch ein Rechtsmittel, wenn man der Meinung ist, dass etwas "falsch gelaufen" ist.

Urs Manser stellt klar, dass grundsätzlich jedem, dessen Name im Dossier erscheint, Einsicht in die Akten gewährt wird. Wenn ein Verfahren rechtmässig abgeschlossen ist, kann kein Rechtsmittel mehr verlangt werden.

Stefan Meyer will wissen, wie eine Drittperson, z.B. ein Nachbar, sonst zur Akteneinsicht kommt.

Gemäss Urs Manser ist kann eine Drittperson Anzeige machen, aber keinen Antrag auf Akteneinsicht.

Hansruedi Kunz hat keine Skrupel, dem Antrag der SVP zuzustimmen. Sofern der Einwohnerrat in 2. Lesung der Gemeindeordnung 2008 dem Öffentlichkeitsprinzip zustimmt und das Stimmvolk auch ja stimmt, kommt dies sowieso. Und betroffenen Personen können mit Sicherheit Einsicht in ihre Akten nehmen.

Gemäss Helene Meyer-Jenni hat der Gemeinderat Skrupel, den Antrag entgegenzunehmen. Inhaltlich wird etwas vorweggenommen, was möglicherweise in der neuen Gemeindeordnung 2008 geregelt wird und wo zuerst ein Reglement erarbeitet werden muss. Das Ganze steht

noch auf wackeligen Füßen. Wenn das Öffentlichkeitsprinzip angenommen wird, muss der Gemeinderat dies umsetzen, jedoch mit genauen Grundlagen. Der Gemeinderat opponiert dem Antrag der SVP.

Werner Baumgartner teilt die Meinung des Gemeinderates. Mit dem Antrag wird etwas Überflüssiges gefordert. Entweder stimmen Einwohnerrat und Stimmbevölkerung dem Öffentlichkeitsprinzip zu oder nicht. Eventuell wird heute etwas beschlossen, was im Nachhinein rechtlich nicht möglich ist. Er versteht nicht, dass dieser Antrag von der SVP kommt, die sich ja bei der Behandlung der Gemeindeordnung gegen das Öffentlichkeitsprinzip ausgesprochen haben. Werner Baumgartner hat Vertrauen in den Gemeinderat und die BK.

Auch Rolf Bättig ist gleicher Meinung wie der Gemeinderat. Man soll mit der Wortwahl aufpassen. Der Schlussbericht ist nicht etwas so Geheimnisvolles, wie die SVP meint. Die Begründung der SVP stört die FDP. Darum ist sie gegen den Antrag.

Räto Camenisch will niemanden schädigen und keine Gesetze verletzen. Die SVP stellt diesen Antrag, damit klar ist, was das Öffentlichkeitsprinzip will.

Gemäss Pia Zeder hat das Stimmvolk über das Öffentlichkeitsprinzip abzustimmen. Der Einwohnerrat kann nicht zu einer Frage auf Verfassungsstufe abstimmen. Sie ist sich auch nicht sicher, ab wann dies gelten sollte.

Urs Manser ist der Meinung, dass das Öffentlichkeitsprinzip nicht rückwirkend angewendet werden kann. Unter dem Öffentlichkeitsprinzip werden Akten anders angelegt. Die schützenswerten Akten gehören nicht zu den übrigen Akten.

Pia Zeder hat Erfahrung mit dem Öffentlichkeitsprinzip. Bei ihrem Arbeitgeber werden die Akten von Beginn weg kategorisiert.

Abstimmung über den Antrag der SVP
Mit 21:6 Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Matthias Senn liest somit den neuen *Beschlussestext*:

1. Der Bericht und Antrag wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Empfehlungen und Massnahmen von den Experten und dem Gemeinderat umzusetzen.
3. Der Gemeinderat orientiert die Baukommission jährlich bezüglich der Umsetzung der Empfehlungen und Massnahmen, erstmals Ende 2007.

4. Der Gemeinderat wird beauftragt, sich in besonderen Masse mit der Problematik "Zusammenarbeit zwischen Bau- und Umwelt- und Sicherheitsdepartement" zu befassen und konkrete Lösungen vorzuschlagen, zu erarbeiten und umzusetzen.

Er orientiert erstmals Ende 2007 die Baukommission, die Umwelt- und Sicherheitskommission und die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission über das Vorgehen, die geplanten und die umzusetzenden Massnahmen.

Es wird kein Rückkommen verlangt.

Abstimmung über den Beschlusstext

Mit 21:0 Stimmen wird der Beschlusstext genehmigt.

Matthias Senn bedankt sich bei den anwesenden Experten.

5.1 Interpellation Kunz namens der CVP/JCVP Fraktion: Koordination zwischen Baudepartement und Umwelt- und Sicherheitsdepartement Nr. 183/07

Der Gemeinderat hat am 13. Juni 2007 folgendes Antwortschreiben dem Einwohnerrat zugestellt:

Mit der Interpellation Nr. 183/07 "Koordination zwischen Baudepartement und Umwelt- und Sicherheitsdepartement" erkundigt sich Hansruedi Kunz namens der CVP/JCVP-Fraktion über Zuständigkeiten und Verbesserungspotentiale im Zusammenhang mit Baubewilligungsverfahren und Baukontrollen. Der Interpellant nimmt Bezug auf die Generalversammlung des Hauseigentümergebietes Kriens (HEV) vom 16. März 2007 und damit auf Äusserungen, die sich an diesem Abend in Unmutsbezeugungen an Gemeinderat, Verwaltung und im Speziellen an das Umwelt- und Sicherheitsdepartement gerichtet haben.

Als Auslöser dieser Situation muss das Inserat des HEV im Kriens Info in der November-Ausgabe 2006 bezeichnet werden. Darin wurden massive Klagen und Anschuldigungen an die Adresse des Gemeinderates, die Verwaltung und ebenfalls die Umwelt- und Naturschutzstelle veröffentlicht.

Der Gemeinderat gelangte umgehend an den Vorstand des HEV mit der Bitte bzw. Aufforderung zu einer Besprechung und Aussprache.

Der Gemeinderat pflegt die Tradition des direkten Gesprächs insbesondere dort, wo Ungeheimheiten, Klagen und Reklamationen laut werden. Aus diesem Grunde hat der Gemeinderat dieselbe Vorgehensweise mit den Verantwortlichen des HEV nach dem Erscheinen des Inserates gewählt. Anlässlich dieses Gesprächs des Gesamt-Gemeinderates und dem Präsidenten sowie weiteren Vertretern des HEV-Vorstandes wurden die Beschuldigungen ausführlich diskutiert, die entsprechenden Berichtigungen und/oder Rückweisungen vorgenommen. Insbesondere wurde auch der Blick nach vorne gerichtet und unter Berücksichtigung der sehr unterschiedlichen Bedürfnisse und Rollen der Beteiligten, Massnahmen besprochen, die zur Entschärfung dieses öffentlichen Disputs führen sollten.

Der Gemeinderat ist nach wie vor der Ansicht, dass es sinnvoller und erfolgsentsprechender ist, wenn Auseinandersetzungen und Reklamationen im direkten Gespräch angegangen und

wenn immer möglich bereinigt werden. Der Gemeinderat verzichtete daher bewusst auf ein Gespräch "in der Öffentlichkeit".

Anlässlich der 90. Generalversammlung des HEV überbrachte die Gemeindepräsidentin die Gruss- und Gratulationsworte an Vorstand und Mitglieder. Mit einigem Erstaunen und Unverständnis musste festgestellt werden, dass sowohl im Jahresbericht als auch bei verschiedenen weiteren Traktanden die Auseinandersetzung, die mit dem Inserat eröffnet worden war, weiter forciert und akzentuiert wurde.

Der Interpellant rügt die Gemeindepräsidentin, sie hätte die Vorwürfe nicht entsprechend zurückgewiesen. Die Worte der Gemeindepräsidentin wurden scheinbar sehr unterschiedlich wahrgenommen. Die Interpretation des Interpellanten entspricht absolut nicht der Absicht der Gemeindepräsidentin, die sich sehr wohl und nach ihrer eigenen Auffassung auch deutlich distanziert hat von den Beschuldigungen an die Adresse der Verwaltung (insbesondere an das Umwelt- und Sicherheitsdepartement).

Die Jubiläums-Generalversammlung mit über 300 Anwesenden, Mitgliedern und Gästen, eignete sich jedoch wohl kaum für eine längere, differenzierte Darlegung der Situation. Aus diesem Grunde blieb die Ermahnung zur sorgfältigen Betrachtungsweise sowie einem Versuch zur Entschärfung der Situation als adäquate Reaktion auf die drohende Eskalation.

Im Nachgang zu diesen unerfreulichen Geschehnissen hat zwischen den Präsidien des HEV und des Gemeinderates erneut ein klärendes Gespräch stattgefunden.

Der Gemeinderat teilt die Meinung des Interpellanten, dass Unmutsbezeugungen und Unzufriedenheiten in bezug auf Entscheide der Verwaltung und des Gemeinderates nie einseitig zu betrachten und Konflikte nicht auf eine Stelle alleine zu fixieren ist. So steht der Gemeinderat für die Aufgabenerfüllung und Entscheide der Verwaltung (als auch des Gremiums selber) in der Verantwortung und Pflicht. Im vorliegenden Fall muss zudem beachtet werden, dass sämtliche Baubewilligungsentscheide abschliessend durch den Gemeinderat getroffen worden sind.

Die aufgeworfenen Fragen können wie folgt beantwortet werden:

1. *Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass im Verhalten und in der Kommunikation bei Baubewilligungen und Baukontrollen ein Verbesserungspotential vorhanden ist?*

Bei Baubewilligungsverfahren (und bei Baukontrollen) müssen sehr unterschiedliche (teilweise auch divergierende) Aspekte berücksichtigt und die entsprechenden Gesetzesvorgaben eingehalten werden. Dabei kann es zu Meinungs- und Interpretationsverschiedenheiten kommen, die sowohl Bauherrschaften, Grundeigentümer als auch die beteiligten Verwaltungsstellen herausfordern. In Zusammenhang mit dem Bauuntersuch hat der Gemeinderat dargelegt, dass die Baubewilligungsabläufe und -prozesse erneut präzisiert und das Zusammenspiel insbesondere zwischen dem Bau- und dem Umwelt- und Sicherheitsdepartement in bezug auf gute, unterstützende Zusammenarbeit und Berücksichtigung der Schnittstellen grosse Beachtung geschenkt wird. Leitbehörde bei den Baubewilligungsverfahren ist und bleibt das Baudepartement.

2. *Was unternimmt der Gemeinderat, um ein allenfalls vorhandenes Verbesserungspotential auszuschöpfen?*

Nach wie vor wichtig ist die sorgfältige, zeitgerechte, umfassende Abwicklung der oft auch komplexen Baubewilligungsverfahren. Diese Abläufe, insbesondere die Zuständigkeiten und Kompetenzen sowie Verantwortungen der Beteiligten werden zurzeit erneut überprüft und präzisiert. Dazu gehört auch der Einsatz von sogenannten Hilfsinstrumenten wie Richtlinien und Merkblätter, beispielsweise für die Umgebungs- und die Parkplatzgestaltung sowie die Kriterien für Gestaltungspläne.

3. *Wer ist für die baupolizeilichen Belange zuständig: das Baudepartement, das Umwelt- und Sicherheitsdepartement oder beide?*

Grundsätzlich ist die Baukontrolle dem Baudepartement zugeordnet und seit knapp einem Jahr wieder verwaltungsintern besetzt. Damit wird diese Aufgabe nun wieder direkt und im Tagesgeschäft unmittelbar in die Verwaltung eingebunden, erledigt. Diese Anpassung zeigt bereits markant bessere Resultate.

Die Abnahme der bauseitigen Kontrolle erfolgt durch den dafür bezeichneten Mitarbeiter, für die Umgebungsgestaltung ist die Umwelt- und Naturschutzstelle zuständig. Zwischen den zuständigen Mitarbeitenden besteht eine enge, unterstützende Zusammenarbeit. Werden Übertretungen des Baugesetzes (Bau- und Zonenreglement) und/oder nicht Einhalten von Baubewilligungen gemeldet oder festgestellt, ist der Gemeinderat bzw. die Verwaltung verpflichtet, diesen Hinweisen nachzugehen und diese anzuzeigen (kantonales Bau- und Planungsgesetz). Die jeweiligen Anzeigen müssen (in der Regel) durch Gemeinderatsentscheide erfolgen. Den Antrag für eine Verzeigung kann sowohl vom Baudepartement (baurechtliche Aspekte) als auch vom Umwelt- und Sicherheitsdepartement (umwelt- und naturschutzrelevante Aspekte) erfolgen.

4. *Falls letzteres zutrifft, welche Doppelspurigkeiten ergeben sich daraus und wie gross schätzt der Gemeinderat den Mehraufwand der dadurch entsteht?*

Grundsätzlich sollte es nicht zu Doppelspurigkeiten kommen, da die Zuständigkeiten aufgeteilt sind (siehe Antwort zu 3.) und die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen den Departementen erfolgen muss.

Die Tatsache, dass sich die Bedürfnisse des Baus mit jenen des Umwelt- und Naturschutzes (und allenfalls weiteren) in die Quere kommen bzw. behindern oder einschränken, liegt "in der Natur der Sache" und stellt daher eine grosse Herausforderung für die Erfüllung der Aufgabenstellung dar. Auch widersprechen sich unter Umständen die Absichten von Bauherrschaften, mit jenen der gesetzlichen Vorgaben, was zu Widerständen und Unverständnis führen kann. In diesen Situationen sind die Mitarbeitenden sowohl des Bau- als auch des Umwelt- und Sicherheitsdepartementes (und abschliessend der Gemeinderat) gefordert, auf die Wünsche ihrer Kundinnen und Kunden einzugehen, Lösungen zu entwickeln und trotzdem die entsprechenden Gesetze einzuhalten. Dies erfordert viel Fingerspitzengefühl, Kommunikationsfähigkeit aber auch Beharrlichkeit und Geduld. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass in diesem Spannungsfeld immer wieder Verbesserungen aufgenommen und ebenso angegangen werden müssen. Das kann konkret dazu führen, dass Zusammenarbeitsabläufe exakt definiert und verbindlich eingehalten werden müssen, dass Kommunikation und Umgang mit schwierigen Situationen geschult und eine gute Zusammenarbeitskultur gepflegt und unterstützt werden. Der Gemeinderat und insbesondere die jeweiligen Departementleitungen werden die Massnahmen konkretisieren, schrittweise umsetzen und die Resultate erneut beurteilen.

5. *Wie sind die Zuständigkeiten geregelt?*

Siehe Antworten zu Fragen 3 und 4.

Der Gemeinderat attestiert den an Baubewilligungsverfahren und Baukontrollen beteiligten Mitarbeitenden, dass sie mit bestem Wissen und Gewissen und der nötigen Sorgfalt ihre Aufgaben erfüllen. Dass dabei auch Fehler, Mängel und Unzulänglichkeiten auftreten können, entspricht den Realitäten des Tagesgeschäftes. Aus solchen Fehlern und Unzulänglichkeiten

soll gelernt werden, damit auf die sehr unterschiedlichen Bedürfnisse unserer Bevölkerung (unter Einhaltung der entsprechenden Vorgaben) möglichst gut eingegangen werden kann. Die angesprochene Schnittstellenproblematik im Umweltbereich ist kein Krienser Phänomen. Die Problematik zeigt auf, wie schmal der Grat ist, wenn zwischen baurechtlichen, natur- und umweltschutzrechtlichen, bauphysikalischen sowie planerisch-architektonischen bzw. ästhetischen Anforderungen abgewogen werden muss. Der Gemeinderat strebt eine Klärung in dieser Frage an, ist jedoch der Meinung, dass an der bisherigen Aufgabentrennung zwischen Bau- und Umweltfragen festgehalten werden soll. Verbessert werden müssen aber die Aufgabenerfüllung sowie die Koordination und Abstimmung der Prozessabläufe. Der Gemeinderat hofft mit diesen Antworten ausreichend dargelegt zu haben, dass sorgfältige, koordinierte, für die Bevölkerung möglichst zufriedenstellende Baubewilligungsabläufe von Bedeutung sind.

Der Interpellant Hansruedi Kunz bedankt sich für die Beantwortung und verlangt keine Diskussion, obschon er nicht mit allen Antworten einverstanden ist. Es wurde aber zu diesem Thema bereits genug gesagt.

Matthias Senn unterbricht die Sitzung um 15:15 Uhr für eine fünfminütige Pause.

6. Bericht und Antrag: Erstellen eines Kunstrasenfeldes auf dem Kleinfeldareal und Teilsanierung der Leichtathletikanlage Nr.197/07

Der Vorsitzende begrüsst Norbert Kremmel, Abteilungsleiter Liegenschaften/Bau, als Sachverständigen.

Für Franz Baumann namens der Baukommission hat die breite politische Diskussion zu diesem Geschäft bereits stattgefunden: In einer demokratischen Entscheidung hat sich der Einwohnerrat für die Erstellung eines Kunstrasens ausgesprochen. Der jetzt vorliegende Bericht und Antrag erklärt nur noch, wo, wann und wie dies geschehen soll. Eintreten war deshalb in der Baukommission unbestritten. Man weiss nun, wieso der Kunstrasen auf dem „dienstjüngsten“ Feld errichtet wird, welche Art von Rasen eingesetzt werden soll und in welchen Bereichen die Hauptnutzer des Kunstrasens eingebunden werden sollen.

In diesem Zusammenhang konnte man auch etwas von "Altlasten" des Sportclubs hören. Der Gemeinderat hat bekräftigt, dass er in dieser Beziehung keine Geschenke machen will. Die Baukommission ist erfreut, dass der Gemeinderat ein objektives Benchmarking erheben lassen will. So wird man irgendwann einmal Fakten und gute Antworten bekommen auf Vorwürfe wie "der Sportplatz ist ein Acker" oder "die Gemeinde ist zu wenig grosszügig".

Natürlich haben die Mitglieder der Baukommission auch über die in der strategischen Planung aufgeführten künftigen Projekte diskutiert. Gemäss Gemeindeammann Bruno Peter werden in den nächsten zwei bis zehn Jahren noch einige Investitionen - primär zugunsten des Sportclubs Kriens - anfallen. Die politische Diskussion über wünschbar und notwendig wird wohl heftiger sein, als die Frage, ob man jetzt unverfüllten oder verfüllten Kunstrasen nehmen sollen.

Die Baukommission stimmt dem Bericht und Antrag einstimmig zu.

Stefan Meyer teilt mit, dass für die FGK Eintreten unbestritten ist. Dabei unterstreicht sie vor allem das grundlegende sportliche Bedürfnis und die diesbezüglich bereits erfolgten Absichtserklärungen. Der Bericht und Antrag ist ein Ausfluss bzw. eine Konsequenz aus dem Gemeindesportanlagen-Konzept.

Die Einbindung der Leichtathletikanlage wird von der FGK begrüsst. Vereinzelt wird eine deutlichere bzw. eindeutige Beteiligung und Abgeltung durch den Sportclub Kriens vermisst. Auch wird befürchtet, dass weitere Begehren in anderen Bereichen ausgelöst werden könnten. Sehr geschätzt hat die FGK, dass bei den absehbaren Ersatzinvestition auch über die kommende Jahre "hinausgeschaut" wurde. Sie hat dem Bericht und Antrag mit 6:1 Stimmen zuzustimmen.

Bruno Peter erklärt, dass das Bedürfnis für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes nachgewiesen ist. Über 30 Fussballmannschaften trainieren mehrere Male pro Woche auf den vorhandenen Rasenplätzen. Diese sind damit stark übernutzt und können sich nicht mehr erholen. Das Resultat ist bekannt; die Spielfelder befinden sich - vor allem im Herbst und Frühling - in prekärem Zustand und sind teilweise nicht mehr zu bespielen. Im vor kurzem erstellten GESAK-Bericht wird ebenfalls auf den Zustand der Rasenplätze hingewiesen und baldmöglichst der Einbau eines Kunstrasenfeldes beantragt.

Eine Nutzerkommission, zusammengesetzt aus Vertretern der Leichtathletik, des Sportclubs Kriens sowie des Schulsports haben die Standortwahl eingehend geprüft und abgeklärt. Beantragt wird einstimmig den Platz Mettlen mit einem Kunstrasen zu belegen. Dabei wird ein unverfülltes Rasensystem empfohlen. Trotz höheren Investitionskosten stützt der Gemeinderat aus ökologischen Gründen diesen Antrag (Entsorgung Gummigranulat).

Teilsanierung Leichtathletikanlage

Gleichzeitig mit den Bauarbeiten für den Kunstrasen soll die bald 40-jährige Leichtathletikanlage teilsaniert werden. Dabei sollen die 100-Meter-Bahn, die Weitsprunganlage sowie der Allwetterbereich instandgestellt werden.

Strategische Planung

Im Abschnitt "Strategische Planung" hat der Gemeinderat die weiter notwendigen, mittel- bis längerfristigen Investitionen aufgeführt. Die zukünftigen Investitionen sind in der Reihenfolge zufällig aufgeführt. Vor allem aber bei den Stehrampenanlagen des Hauptfeldes werden Investitionen aus Sicherheitsgründen irgendwann nicht mehr aufschiebbar sein.

Termine

Im Finanzplan 2007-2011 ist die Realisierung für das Jahr 2008 vorgesehen. Aufgrund der unbestrittenen Dringlichkeit beantragt der Gemeinderat die Sanierung vorzuziehen und den Kunstrasenplatz nach Möglichkeit bereits auf den Winter 2007/08 bereitzustellen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt, der vorliegenden Botschaft zuzustimmen und die erforderlichen Kredite (Fr. 1'770'000.-- für den Kunstrasenplatz sowie Fr. 180'000.-- für die Teilsanierung der Leichtathletikanlage) zu bewilligen. Ebenfalls ist von der strategischen Planung der zukünftigen Investitionen Kenntnis zu nehmen.

Patrick Koch namens der SVP-Fraktion erinnert daran, dass im September 2004 die SVP Kriens mittels einer Interpellation darauf aufmerksam gemacht hat, dass sich die Fussballspielfelder des Sportclubs Kriens zufolge Überbeanspruchung in einem prekären Zustand be-

finden. Die zukunftsorientierte Idee, der Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf dem Kleinfeldareal war damit lanciert. Am 2. November 2006 hat der Einwohnerrat die von 1'200 Personen eingereichte Volkspetition überwiesen, welche die möglichst schnelle Erstellung eines Kunstrasenplatzes verlangt. Zudem ist der Kunstrasen im neuen Sportanlagenkonzept in die Gesamtplanung aller Sportstätten eingebunden.

Der Sportclub Kriens braucht nachgewiesenermassen neue Spielmöglichkeiten. 38 Mannschaften mit über 550 Junioren kämpfen um eine Trainingsmöglichkeit auf den übernutzten Fussballplätzen. Die Betroffenen sind überzeugt, dass die Erstellung eines Kunstrasenfeldes Abhilfe schafft. Damit können die Nutzung und somit die Trainings- und Spielmöglichkeiten bedeutend erhöht werden. Die Clubverantwortlichen sehen dadurch beispielsweise auch die Möglichkeit, eine erste Mädchenmannschaft auf die Beine zu stellen.

Der Sportclub Kriens leistet wichtige und grosse Jugendarbeit. Für die SVP ist nebst der sportlichen Betätigung der Jugend auch die Integrationsförderung ein wichtiger Aspekt. Nichts funktioniert besser für die gesellschaftliche Integration von Jugendlichen als der Sport. Wer also Jugend- und Breitsport fördert, betreibt auch Sozialpolitik. Zudem bildet eine erfolgreiche Juniorenabteilung die Basis für erfolgreiche Aktivmannschaften. Der Sportclub Kriens ist als Talentschmiede bekannt. Nicht wenige des Sportclubs Kriens haben den Sprung in die nationale Auswahl geschafft. Wenn die Infrastruktur nicht verbessert wird, wird es schwierig, weiterhin gute Juniorentrainer für den Nachwuchs zu finden. Auf dem Kunstrasen können zudem auch Schülerturniere ausgetragen werden, so dass diese nicht mehr - wie beispielsweise in diesem Jahr - verschoben werden müssen oder allenfalls sogar abgesagt. Von der Realisierung eines Kunstrasens profitieren nicht nur die Junioren und die Aktiven des Sportclubs Kriens. Durch die ganzjährige Nutzung des Kunstrasens können die Turnhallen vermehrt von anderen Vereinen genutzt werden.

Mit dem Verzicht auf Recycling-Granulat, also einem verfüllten Kunstrasen, hat der Gemeinderat den richtigen Weg gewählt. Es kann nicht genau abgeschätzt werden, wie hoch die Belastung durch Schwermetalle sonst wäre. Zudem sind die Unterhaltskosten eines unverfüllten Kunstrasens erheblich tiefer als jene eines Naturrasens oder eines verfüllten Kunstrasens. Weiter begrüsst die SVP die Teilsanierung der Krienser Leichtathletikanlage. Dies sind sinnvolle Investitionen, die den Krienser Schulen und dem Breitsport dienen und vielen Vereinen zugute kommen.

Die SVP-Fraktion bedankt sich bei den Mitgliedern der Kommission Sportanlagenkonzept sowie der Nutzungskommission für die geleistete Arbeit und ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung zum vorliegenden Bericht und Antrag.

Simon Konrad teilt mit, dass die FDP-Fraktion dem vorliegenden Bericht und Antrag einstimmig zustimmt. Die Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf dem Kleinfeld hat im Sportanlagenkonzept (Gesak) erste Priorität und ist auch in den Legislaturzielen des Gemeinderates enthalten. Der politische Entscheid ist somit bereits gefallen.

Der vorliegenden Bericht und Antrag setzt die Erkenntnisse der Nutzerkommission um. Die FDP-Fraktion beurteilt das Projekt bezüglich Standort- und Kunstrasensystemwahl positiv und befürwortet die Investition von 1,77 Mio. Franken und die daraus resultierenden laufenden Kosten von ca. Fr. 150'000.-- pro Jahr für Zinsen und Amortisationen. Ebenfalls begrüsst sie die Teilsanierung der Leichtathletikanlage. Der Breitensport (Fussball, Leichtathletik und das Schulturnen) findet dadurch optimale Bedingungen für die Trainings vor.

Der Sportclub Kriens, bekennender Challenge-League-Club, hinterlässt mit seiner Führung einen guten Eindruck und ist landesweit ein Aushängeschild für Kriens. Die FDP hat die Wünsche der vorbildlich geführten Juniorenabteilung von Max Tobler und des Vorstandes des Sportclubs gehört und nimmt die künftigen Investitionen zur Kenntnis. Sie ist überzeugt, dass der Vorstand des Sportclubs Kriens die Bereinigung der Altlasten in Angriff nimmt und eine angemessene Erhöhung des Mietzinses einkalkuliert.

Die FDP wünscht den Fussballer, dass sie noch in diesem Jahr auf dem neuen Kunstrasenfeld spielen können, obwohl in Betracht gezogen werden sollte, dass sich Zeitdruck in der Regel negativ auf den Preis auswirkt.

Werner Baumgartner informiert darüber, dass die CVP/JCVP-Fraktion den Antrag des Gemeinderates grossmehrheitlich unterstützt. Sie möchte sich deshalb bei der Kommission, welche gute Vorarbeit geleistet hat, bedanken.

Die CVP/JCVP-Fraktion ruft in Erinnerung, dass der Sportclub Kriens eine Institution in Kriens ist. Circa 30 Mannschaften, 500 Junioren, gegen 100 Fussballschüler und über 100 Aktivmitglieder sind Woche für Woche, teilweise Abend für Abend, auf dem Kleinfeld. Mehr als 1'700 Mitglieder halten dem Club die Treue. Hunderte von Kindern freuen sich jede Woche aufs Kleinfeld zu gehen, weil sie dort Fussball spielen dürfen. Unzählige Helfer - es werden wohl Hunderte sein - setzen sich ohne Entgelt mit grossem Einsatz und manche seit vielen Jahren für diesen Verein ein. Der Sportclub Kriens ist ein Aushängeschild für Kriens, dessen Wirkung in der ganzen Schweiz zeigt.

Der Bedarf von zusätzlichen Trainingsmöglichkeiten muss nicht weiter diskutiert werden, er ist gegeben. Das Erstellen von teuren, grösseren Kapazitäten birgt allerdings ein gewisses Risiko für die Gemeinde. Nämlich dann, wenn der Verein nicht mehr gleichermassen erfolgreich ist. Ohne entsprechende Infrastruktur wird dies aber auch nicht möglich sein. Der Sportclub Kriens leistet hervorragende Arbeit. Der Verein und alle Helfer verdienen die Unterstützung durch die Gemeinde. Er ist eine Attraktion für Hunderte von Kindern und Jugendliche. Alleine für die Fussballschule haben sich diesen Sommer 200 Kinder angemeldet. Der Sportclub leistet auch hervorragende Integrationsarbeit - viele ausländische Mütter und Väter sind auf dem Fussballplatz zu finden. Ausser acht darf dabei aber nicht gelassen werden, dass es auch noch andere Vereine in Kriens gibt, welche grundsätzlich gleich zu behandeln sind.

Die CVP/JCVP-Fraktion fände es schön, wenn der Sportclub Kriens möglichst allen Krienser Kindern und Jugendlichen die Aufnahme ermöglichen könnte, unabhängig vom Leistungsdruck. Dem Sprecher ist aber bewusst, dass dafür genügend Personal vorhanden sein muss. In Bezug auf die Plätze kann heute aber eine Verbesserung geschaffen werden. Wünschenswert wäre auch eine Frauenmannschaft. Abschliessend wäre auch zu prüfen, in wie weit das Kunstrasenfeld der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

Bruno Bienz namens der SP/Grüne-Fraktion weiss, dass der Fussball in der Gesellschaft und vorab in Kriens eine bedeutende Rolle spielt. Mit der grossen Juniorenmannschaft engagieren sich die Fussballer auch tatsächlich für Jugendförderung und Breitensport. Die dazu notwendige Infrastruktur ist ebenso Teil des Service public wie ein Schwimmbad, ein Museum, eine Krauerhalle oder ein Pilatussaal.

Die Politik hat dabei die Aufgabe, die Gelder fair und unvoreingenommen zu verteilen. Bei dieser schwierigen Aufgabe ist es von grosser Bedeutung, dass es die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte auch wagen, kritische und unbequeme Fragen zu stellen. Nur so können schlussendlich die richtigen Entscheide getroffen werden. Deshalb möchte die SP/Grüne-Fraktion die folgenden Bemerkungen und Fragen einbringen:

Mit rund 1,8 Mio. Franken ist das Kunstrasenfeld deutlich teurer geworden, als ursprünglich in Aussicht gestellt wurde. Die SP/Grüne-Fraktion hat grosse Befürchtungen, dass die Kritik, die zur Zeit jeder Journalist liebend gerne los wird, trotz dieser Investition nicht abbrechen wird. Denn die Kritik besteht gegenüber dem Kleinfeld. Dieses Feld, das offensichtlich ja nicht mehr bespielbar sein soll.

Das Einsetzen der breit abgestützten Nutzergruppe wird als positiv und richtiger Weg erachtet. Die Standortwahl war dabei sicher der grösste Knackpunkt. Die Kommission hat sich für den noch jüngsten Platz entschieden, der nun nach nur 8 Jahren wieder weggerissen wird. Die

SP/Grüne-Fraktion erwarten deshalb von den Entscheidungsträgern, dass sie diese Lösung entsprechend mittragen und dabei helfen, weitere Begehrlichkeiten im Zaun zu halten. Positiv ist auch die Wahl eines unverfüllten Kunstrasenbelages. Die Mehrausgaben lohnen sich aus ökologischen Gründen.

Bereits bei der Überweisung der Petition hat die SP/Grüne-Fraktion eine faire Partition des Sportclubs Kriens an die Kosten gefordert. Mit einem Benchmark mit anderen Städten und Gemeinden hat der Gemeinderat eine Grundlage für eine angemessene Erhöhung des Mietzinses. Damit die Transparenz gewährleistet ist, hat die SP/Grüne-Fraktion zum Beschlusstext einen schriftlichen Antrag gestellt.

Es ist richtig, dass die weiteren Kosten in Bereich Kleinfeld-Sportanlagen ausgewiesen worden sind. Das sind aber keine "Persilscheine". Diese Investitionen müssen im Finanzplan im Kontext zu den anderen Aufgaben aufgenommen werden. Die Investitionen können erst ausgelöst werden, wenn andere Vorhaben, wie die Schwimmbadsanierung, ausgelöst wurden. Für die SP/Grüne-Fraktion ist es sehr wichtig, dass der Blick auf alle Bedürfnisse in der Gemeinde gerichtet wird. Der Einwohnerrat hat die Aufgabe, bei Bedürfnissen und Forderungen das Augenmass zu behalten. So darf nicht der Sportclub alleine die Investitionen der Gemeinde bestimmen, sondern es müssen alle gesellschaftlichen Schichten berücksichtigt werden. Auch die Kultur, andere Sportarten usw. müssen im gleichen Rahmen gefördert werden. Dafür setzt sich die SP/Grüne-Fraktion vehement ein.

Die SP/Grüne-Fraktion möchte vom Gemeinderat wissen, ob die zwei Trainingsplätze auf dem A2-Deckel offiziell eröffnet sind. Wenn ja, hat der Gemeinderat dem Einwohnerrat eine Schlussabrechnung vorgelegt? Wenn nein, wäre dies nicht korrekt gewesen, bevor weitere Investitionen folgen? Existiert nun das vom Einwohnerrat geforderte Benutzerreglement zu den beiden Spielfeldern? Wenn nein, wäre es nicht richtig gewesen, solche Abmachungen in Ordnung zu bringen, bevor neue Aufgaben entgegengenommen werden? Der Sprecher dankt dem Gemeinderat bereits im Voraus für die Beantwortung seiner Fragen.

Die SP/Grüne-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den vorliegenden Bericht und Antrag.

Stefan Meyer geht es - wie auch bei allen anderen Investitionen - darum, sich den Gegenwert zu überlegen. Die Finanzierung und der entsprechende Nutzen müssen einander gegenüber gestellt werden. Daraus ergibt sich ein Spannungsfeld. Auf der einen Seite steht die öffentliche Aufgabe, auf der anderen Seite die privaten Wünsche. Im vorliegenden Geschäft ist es ein privater Nutzer, der hauptsächlich von den Investitionen profitiert, aber der Fussball soll einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Der Sprecher vermisst es, dass der Sportclub Kriens klar in die Pflicht genommen wird in bezug auf die finanziellen Mittel. Er wünscht sich konkrete Angaben darüber, was der Sportclub an dieses "Geschenk" leistet. Gerade aufgrund des gehörten grossen Supports des Sportclubs, wäre es diesem gut gestanden, hier auch einen Beitrag zu leisten bzw. etwas in Kauf zu nehmen. Die "In-die-Pflichtnahme" des Sportclubs Kriens ist zu wenig abgedeckt, deshalb befriedigt das vom Gemeinderat präsentierte Resultat den Sprecher nicht.

Bruno Peter wird als erstes die Fragen von Bruno Bienz beantworten. Die Plätze auf der A2 sind in Betrieb. Die Schlussabrechnung würde eigentlich schon lange bereit liegen, soll dem Einwohnerrat aber erst vorgelegt werden, wenn auch der letzte Teil, nämlich die WC-Anlage, abgeschlossen ist. Diesbezüglich mussten noch Landverhandlungen geführt werden, was erst vor kurzem erfolgt ist. Der Sprecher kann aber versichern, dass die Baukosten dem beantragten Kredit entsprechen und dass die Abrechnung im Herbst 2007 dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Auch das Benutzerreglement ist seit längerem erstellt. Zur Zeit erfolgen noch redaktionelle Bereinigungen. Das Reglement sollte aber in Kürze im Internet aufgeschaltet werden.

Der Sprecher kann nachvollziehen, dass Stefan Meyer die Situation in Bezug auf die Kosten bzw. die Kostenbeteiligung unbefriedigend findet. Auch für den Gemeinderat ist eine Mietanpassung klar. Diesbezüglich müssen aber noch weitere Abklärungen erfolgen. In verschiedenen Bereichen soll ein Benchmark-Vergleich mit anderen Sportstätten getroffen werden, damit eine für alle Parteien faire Lösung gefunden werden kann. Dies ist dem Gemeinderat wichtig und er ist bestrebt, dieses Ziel zu erreichen - aber nicht in einer "Hauruck-Übung".

Der Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und beginnt mit der Detailberatung des Bericht und Antrages.

Seite 6 - 6.1 Baukosten

Gemäss Joe Brunner fehlt im Bericht und Antrag eine Aussage dazu, wie hoch die Kosten sind, wenn der Kunstrasen einmal entsorgt werden bzw. eine Neu-Sanierung zu erfolgen hat. Ist die Höhe dieser Kosten bekannt und wie wurden diese eingerechnet?

Norbert Kremmel erklärt, dass diese Kosten nicht separat eingerechnet wurden, weil unter dem Jahr partielle Sanierungen erfolgen. Diese Ausgaben sind entsprechend in den Unterhaltskosten eingerechnet.

Joe Brunner hat seine Frage nicht auf das "Flicken" des Kunstrasens bezogen, sondern darauf, dass am Tag X der ganze Rasen zu ersetzen sein wird. Wie sieht es mit diesen Kosten aus?

Norbert Kremmel weist darauf hin, dass in den Unterhaltskosten von Fr. 25'000.-- die Amortisation inbegriffen ist.

Bruno Peter präzisiert, dass sich die Aussage von Norbert Kremmel auf den Unterhalt des Kunstrasens bezieht. Dieser wird, je älter der Kunstrasen wird, steigen. Irgendwann muss der Platz saniert werden, diese Neusanierung ist aber nicht in den Berechnungen enthalten. Der entsprechende Kredit, welcher ca. in 15 Jahren benötigt wird, wird dem Einwohnerrat mit einem neuen Bericht und Antrag unterbreitet (wie dies analog bei einem Turnhallenboden erfolgt).

Seite 7 - 8. Termine (Leichtathletikanlage Kleinfeld)

Judith Luthiger kann dem Bericht und Antrag entnehmen, dass mit der Sanierung der Leichtathletikanlage im Frühjahr 2008 begonnen werden soll. Wann rechnet der Gemeinderat mit deren Fertigstellung? Viele Krienser Schulen haben keine anderen Leichtathletikmöglichkeiten und sind deshalb auf die Anlage im Kleinfeld angewiesen. Hat der Gemeinderat dies berücksichtigt?

Norbert Kremmel teilt mit, dass die Absicht besteht, im März 2008 mit der Sanierung, welche zwei bis drei Monate dauern wird, zu beginnen. Da nicht der ganze Platz saniert wird, kann sicher eine Konsens mit den Krienser Schulen gefunden werden.

Dem Vorsitzenden liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Detailberatung mehr vor. Das Rückkommen wird nicht verlangt. Somit wird der Antrag der SP/GrüneFraktion zum Beschlusstext behandeln, welcher wie folgt lautet:

1. In eigener Kompetenz:
 - 1.1. Die strategische Planung der Sportanlagen Kleinfeld wird zur Kenntnis genommen.
 - 1.2. *Die FGK wird jährlich über die Entwicklung der Ausstände des SCK gegenüber der Gemeinde informiert.*
 - 1.3. *Der Gemeinderat informiert den Einwohnerrat spätestens anlässlich der Budgetberatung in November 2007 über das Ausmass der Mietzinserhöhung des SCK.*

Hansruedi Kunz opponiert diesem Antrag. Dieser bezieht sich auf Informationen, welche anlässlich der BK- und der FGK-Sitzung vorgetragen wurden. Für diesen Antrag besteht keine Notwendigkeit. Die Aussagen wurden im Vertrauensverhältnis gemacht und solche Details sollen deshalb nicht öffentlich behandelt werden.

Bruno Achermann schliesst sich den Aussagen von Hansruedi Kunz an. Es darf nicht sein, dass Detailinformationen, welche anlässlich von Kommissions-Sitzungen erfolgen und im operativen Bereich des Gemeinderates liegen, als Antrag behandelt werden. Er bittet deshalb um die Ablehnung von Punkt 1.2. des Antrags. Es ist Sache des Gemeinderates, wie er mit den Gremien des Sportclubs Kriens umgeht. Der Gemeinderat wird eine gute Lösung präsentieren. Bei Punkt 1.3. des Antrags ist der Termin "November 2007" viel zu kurzfristig. Dadurch können keine seriösen Abklärungen getroffen werden. Der Quervergleich sollte breit gestreut sein, damit er auch aussagekräftig ist. Dies wird nicht vor Frühling 2008 möglich sein.

Bruno Bienz stellt klar, dass dieser Antrag nicht aufgrund der Informationen aus den Kommissionen erfolgt ist, sondern aufgrund von Diskussionen, welche auf dem Fussballplatz stattfanden. Er stimmt aber zu, dass Punkt 1.2. des Antrags nichts mit dem vorliegenden Bericht und Antrag zu tun hat und wird diesen deshalb zurückziehen. Die Aussage von Bruno Achermann zum Punkt 1.3. des Antrags sind plausibel, weshalb Bruno Bienz sich bereit erklärt, den Termin auf Frühjahr 2008 festzulegen.

Für Räto Camenisch gehört diese Forderung nicht in den Beschlusstext. Es stellt eine Diskriminierung des Sportclubs Kriens dar, wenn im Beschlusstext steht, dass eine Preiserhöhung bekannt gegeben werden muss. Hierbei handelt es sich um den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates und dieser wird sich bemühen, eine gute Lösung zu finden, bei welcher der Sportclub Kriens nicht geschädigt wird, denn der SCK bringt der Gemeinde Kriens sehr viel.

Werner Baumgartner teilt diese Meinung. Er opponiert dem Antrag von Bruno Bienz. Der Gemeinderat soll die Möglichkeit erhalten, den Benchmark-Vergleich durchzuführen und auf dessen Basis allenfalls über eine Erhöhung zu entscheiden.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, welcher verlangt, dass Absatz 1 wie folgt ergänzt wird, abstimmen: *Der Gemeinderat informiert den Einwohnerrat spätestens im Frühjahr 2008 über das Ausmass der Mietzinserhöhung des SCK.*

Abstimmung (Antrag SP/Grüne)

Mit 16:10 Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Der Vorsitzende verliest nun den Beschlusstext:

1. In eigener Kompetenz:

Die strategische Planung der Sportanlagen Kleinfeld wird zur Kenntnis genommen.

2. Unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums:

2.1 Der Erstellung eines Kunstrasenfeldes wird zugestimmt und der Ausführungskredit von Fr. 1'770'000.00 (Indexstand Oktober 2006 zuzüglich teuerungsbedingte Mehrkosten) wird genehmigt.

2.2 Der ersten Tranche von Instandsetzungsarbeiten auf der Leichtathletikanlage wird zugestimmt und der Ausführungskredit von Fr. 180'000.00 (Indexstand Oktober 2006 zuzüglich teuerungsbedingte Mehrkosten) wird genehmigt.

2.3 Zu Lasten der Investitionsrechnung 2007 wird ein Nachtragskredit von Fr. 1'600'000.00 gesprochen.

2.4 Der Gemeinderat wird ermächtigt, die notwendigen Mittel für die Finanzierung zu beschaffen.

Abstimmung

Mit 26: 0 Stimmen wird dem Bericht und Antrag zugestimmt.

7. Bericht und Antrag: Sanierung und Attraktivierung Spiel- und Pausenplätze Nr. 195/07

Franz Baumann namens der Baukommission nimmt die Haltung des Gemeinderats, die Botschaft zugunsten der Spiel- und Pausenplätze unbedingt gleichzeitig wie diejenige für den Kunstrasen in den Einwohnerrat bringen zu wollen, zur Kenntnis. Dies als Indiz, dass nicht nur für den Fussball Geld ausgegeben wird, sondern eben auch für "Nicht-Tschütteler". Der Vergleich der beiden Kredite könnte zwar zum Kommentar führen, anderes als Fussball werde "stiefmütterlich" behandelt. Es muss aber anerkannt werden, dass die im Bericht und Antrag aufgeführten Kosten auf Berechnungen und Forderungen einer Arbeitsgruppe basieren, in welcher der Vertreter der Pro Juventute mitgeredet hat, welcher entsprechende Kenntnisse haben sollte.

Die Sanierung ist notwendig, wahrscheinlich sogar überfällig. Nicht zuletzt aus diesem Grund stimmt die Baukommission dem Bericht und Antrag einstimmig zu.

Stefan Meyer namens der FGK weist darauf hin, dass auch dieser Bericht und Antrag Bestandteil des GESAK ist. Die FGK hat den Bericht und Antrag als sinnvoll und nicht zuletzt auch wegen des Sicherheitsaspekts als dringlich erachtet. Auch wenn es sich um eine grobe Schätzungen handelt, wurde der Handlungsbedarf im Detail abgeklärt. Attraktive Spielplätze sind ein wichtiger Begegnungsort über Generationen hinweg. Gerade durch die Einführung der Blockzeiten, welche die Nutzung der Pausenplätze zu den gleichen Zeiten mit sich bringt, müssen dringend Sanierungen erfolgen. Die jeweiligen jährlichen Kostentranchen (gesprochene Gelder) werden in den Budgets aufgeführt. Die FGK empfiehlt einstimmig das Eintreten und die Genehmigung.

Bruno Peter hält einleitend fest, dass Spielplätze in der heutigen multikulturellen Gesellschaft und den sich damit verändernden Quartierstrukturen eine immer bedeutendere Funktion erhalten. Spiel- und Pausenplätze sowie naturnah gestaltete Flächen fördern in spielerischem Umfeld Bewegung und Kreativität und schaffen die dringend notwendigen sozialen Kontakte. Bereits im September 2001 hat der Einwohnerrat eine Motion überwiesen, welche die Überprüfung und Attraktivierung der Spiel- und Pausenplätze verlangt. Das Baudepartement hat in der Folge mit einer aus Fachpersonen zusammengesetzten Arbeitsgruppe sämtliche Spielplätze beurteilt und die Überprüfung in einem Massnahmenbericht festgehalten. Mit der Erarbeitung des GESAK-Sportanlagenkonzepts im vergangenen Jahr wurden die Spiel- und Pausenplätze neu überprüft und Verbesserungsmassnahmen als Empfehlung aufgelistet. Der Einwohnerrat hat bekanntlich am 2. November 2006 mit grosser Mehrheit dem Sportanlagenkonzept zugestimmt.

Grundsätzlich ist das Baudepartement für den Unterhalt und die Sicherheit der Spielplätze verantwortlich. Die im laufenden Budget vorgesehenen Mittel decken diese Aufwendungen für Sicherheitskontrollen und Reparaturen ab, genügen jedoch nicht für eine Erneuerung und Aufwertung der Anlagen. Wie der Botschaft entnommen werden kann, ist vorgesehen, die Gestaltung und Aufwertung der Spielplätze in einem Projektteam mit Fachpersonen, welche die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen kennen, umzusetzen.

Der Gemeinderat beantragt, der Sanierung und Aufwertung der Spiel- und Pausenplätze zuzustimmen und den erforderlichen Kredit von Fr. 485'000.-- zu bewilligen.

Abschliessend nimmt der Sprecher Bezug auf den schriftlich vorliegenden Antrag der SP/Grüne-Fraktion. Dieser verlangt, dass beim Spielplatz Eichenspes ein Naturspielplatz unter Einbezug des Bachs erstellt wird und dass die Gesamtkosten auf Fr. 50'000.-- festgelegt werden. Auch dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, dass beim Spielplatz der Bach einbezogen

wird. Das Anliegen der SP/Grüne-Fraktion wird vom Gemeinderat deshalb sicher aufgenommen, aber über die Kosten sollte erst später befunden werden. Sind die geplanten Massnahmen finanziell verhältnismässig, wird der Gemeinderat dem sicher nicht entgegenstehen.

Für Bernadette Hauser-Roos namens der CVP/JCVP-Fraktion sind Spielen, Bewegung und sozialen Kontakte für die altersgerechte Entwicklung von Kindern notwendig. Dies trägt viel zu einem glücklichen Kindsein bzw. zu einem zufriedenen Aufwachsen bei. Lebensräume für Kinder sind bzw. werden vielfach eingeschränkt. Den Grünflächen und Spielplätzen in Quartieren wird nicht immer die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Deshalb sind sichere und attraktive Spielplätze wichtig. Den Kindern müssen Möglichkeiten geboten werden, sich zu bewegen, sich mit andern Kindern zu treffen, mit ihnen zu spielen. Den Kindern soll man im Idealfall auch die Möglichkeiten geben, ihre Kreativität auszuleben.

Pausenplätze, die den Schulkindern Gelegenheit geben, sich in der Pause zu erholen, zu bewegen und miteinander zu spielen, sind für die Konzentration und die Leistungsfähigkeit unabdingbar.

Für die Sanierung und Attraktivierung der Spiel- und Pausenplätze wird Wert auf die Sicherheit gelegt. Der Spielwert wird - wann immer möglich - erhöht und die Freiflächen eben und naturnaher gestaltet. Die für die nächsten zwei Jahre geplanten Massnahmen und Ergänzungen auf den Spiel- und Pausenplätzen im Rahmen des Sportanlagenkonzepts erachtet die CVP/JCVP-Fraktion für richtig und für eine gute Investition für die Kinder. Deshalb ist Eintreten auf den vorliegenden Bericht und Antrag unbestritten. Die CVP/JCVP-Fraktion wird dem Bericht und Antrag einstimmig zustimmen.

Jennifer Maldonado erklärt, dass die SP/Grüne-Fraktion auf den Bericht und Antrag "Sanierung und Attraktivierung von Spiel- und Pausenplätzen" eintreten wird. Es hat lange gedauert, bis dieser Vorstoss überprüft und ausgearbeitet worden ist. Trotz des grossen Verlangens nach einer solchen Sanierung und vor allem auch Attraktivierung der Kinderspielplätze, ist man mit der alltäglichen Realität konfrontiert. Die Kinderspiel- und Pausenplätze in der Gemeinde Kriens sind veraltet und in einem Zustand der Grausamkeit. Aber vor allem auffallend ist das Fehlen an einer gewiss nötigen Partizipation der Quartiervereine und der Eltern, denn auch die Meinung und der Einbezug der Eltern zu einer so wichtigen Raumgestaltung ist gefragt bzw. wäre gefragt.

Die Eltern sind sich einig, je nach Quartier befinden sich dort mehr oder weniger kreative Spielplätze. Dennoch weiss jeder, sie sind leider entweder privat oder es gibt einen langen Weg vom eigenen Quartier bis zum nächsten grösseren Platz. Der Tatsache, dass oft kaum freie Plätze zum Spielen bereit gestellt sind, sollte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Bevölkerung, die Kinder und die junge Generation entwickeln sich auch nach den Verhältnissen der gewohnten Umgebung. Kinder, Jugendliche und deren Eltern brauchen deshalb einen fördernden, pädagogisch orientierten Spielraum. Spielplätze sind auch ein Ort des Zusammentreffens für Eltern, während die Kinder den Aufenthalt geniessen. Deswegen wird auch verlangt, dass solche Plätze familienfreundlich aufgebaut werden.

Dennoch stösst die Realisierung des Vorhabens auf Hürden, wie z.B. die Finanzierung. Die SP/Grüne-Fraktion wird diesbezüglich noch einen Antrag stellen. Grundsätzlich ist sie mit diesem Bericht und Antrag einverstanden, aber sie findet, es sollten weitere Kriterien mehr Beachtung bekommen, wie zum Beispiel:

- Es sollen bei der Ausgestaltung pädagogisch orientierte Personen teilnehmen
- Mehr Partizipation der Quartiervereine und der Eltern

Ziel ist die Entwicklung hin zu einer familienfreundlichen Stadt mit der jetzigen Grössenordnung, einer Stadt, die multikulturell, lebens- und liebenswert ist, sichere Spielplätze und Antworten auf moderne Lebensbedürfnisse bietet. Und Ziel ist zudem, eine Stadt zu gestalten, in der Menschen sich gerne engagieren. Die Sprecherin bittet um Mithilfe zu einem wertvollen Ausbau der Plätze für die kleinen und kleinsten Krienser.

Werner Birrer fast sich kurz. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf den vorliegenden Bericht und Antrag und wird diesem zustimmen. Auch die SVP ist der Meinung, dass die Spiel- und Pausenplätze ein Ort der Begegnung sind, nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für die Erziehenden. Diese Orte wirken sozialisierend und integrierend. Die SVP-Fraktion dankt den Mitarbeitenden und dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des vorliegenden Bericht und Antrages.

Johanna Dalla Bona weist darauf hin, dass der Gemeinderat im Sportanlagenkonzept unter "Empfehlungen" noch beabsichtigt hat, jährlich ein bis zwei Kinderspiel- und Pausenplätze zu sanieren. Heute ist er der Ansicht, dass die Spiel- und Pausenplätze in der Gemeinde Kriens in den Jahren 2008 und 2009 im Rahmen einer konzentrierten Aktion umfassend aufgefrischt und auf einen neuen Stand gebracht werden sollen. Die FDP-Fraktion teilt diese Meinung und unterstützt daher den Antrag einstimmig. Sie dankt allen Mitwirkenden nochmals für die Überprüfungen, Beurteilungen, Anregungen, Auswertungen, etc. - kurz für die grosse Arbeit.

Besonders freut die FDP-Fraktion, dass bei der Projektumsetzung nebst den Experten auch die Benützerinnen und Benützer, sprich vor allem die Kinder, miteinbezogen sind. So kann hoffentlich auch einen Teil ihrer Ideen und Visionen umgesetzt werden. Der Pausenplatz ist vor allem für die Jugendlichen ein Ort der Bewegung, also sollen sie auch die Möglichkeit dazu haben. Durch Bewegung können Kinder Stress abbauen und dadurch die Konzentrationsfähigkeit erhöhen, was wiederum für das Leisten in der Schule von zentraler Bedeutung ist. Ebenfalls kann sich ein im Sinne der jungen Menschen gut gestalteter Pausenplatz positiv auf das Schulhausklima auswirken. Finden grosse und kleine Schüler einen Platz, wo sie ungestört spielen oder sich zurückziehen können, finden weniger Auseinandersetzungen statt, was sich nicht zuletzt präventiv auf Gewaltvorfälle auswirken kann.

Die FDP-Fraktion ist auch froh, dass beim vorliegenden Antrag das Thema Sicherheit von grosser Bedeutung ist und praktisch überall sicherheitstechnische Anpassungen gemacht werden. Die Kinder und Jugendlichen sind sich oftmals gewissen Gefahren gar nicht bewusst und achten im Spiel kaum auf "brenzlige" Situationen.

Den vorgeschlagenen Ausführungskredit erachten die FDP-Fraktion als angemessen. Es ist nicht zwingend, dass auf Kinderspielplätzen sehr viele teure Spiel- und Klettergeräte aufgestellt werden, bietet doch die Natur mit ihrer Vielfalt unzählige Möglichkeiten für die Kinder sich zu beschäftigen: Bäume um zu klettern, Büsche und Sträucher, um sich zu verstecken, Wasser, Sand und Steine, um zu stauen, bauen, experimentieren, etc.

Der Vorschlag des Gemeinderates überzeugt die FDP-Fraktion, sie sagt einstimmig ja dazu.

Der Vorsitzender stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist. Er beginnt mit der Detailberatung des Bericht und Antrages.

Seite 3 - 2. Planungs- und Nutzerteam

Martin Heini stellt namens der SP/Grüne-Fraktion den Antrag, dass die Liste der Mitglieder des Teams um zwei Punkte zu ergänzen ist:

- *einer Person mit starkem Bezug zu Kindern im Vorschulalter (Elternteil, SpielgruppenleiterIn o.ä.)*
- *wenn möglich eines Vertreters des jeweiligen Quartiervereins*

Die im Bericht und Antrag vorgeschlagene Gruppe umfasst ausgewiesene Fachleute, das ist gut so. Der verstärkte Einbezug der Bewohner und der jüngsten Spielplatzbenützer (resp. deren nächste Vertreter) soll zum Dialog führen und damit auch zu Lösungen irgendwelcher unkonventioneller Anliegen. Spielplätze haben nicht nur Freunde - der Einbezug betroffener Anwohner schafft Akzeptanz. Der Sprecher bittet deshalb den Einwohnerrat, dem Antrag Folge zu leisten.

Bruno Peter nimmt das Anliegen namens des Gemeinderates entgegen.

Rolf Bättig freut sich, wenn der Gemeinderat bereit ist, den Antrag entgegenzunehmen. Allerdings hatte er bereits beim Lesen des Bericht und Antrages den Eindruck, dass etwas "viele Köche" beteiligt sind. Es ist wichtig, dass man die Beteiligung der Quartiervereine nicht überbewertet, weil es sich dabei unter Umständen um "Einzelmasken" handelt, die sich als Sprachrohr des ganzen Quartiers ausgeben. Deshalb ist der Sprecher dem Antrag gegenüber etwas zwiespältig eingestellt, auch wenn er die grundlegende Stossrichtung nachvollziehen kann.

Bruno Peter versteht die Bedenken von Rolf Bättig. Der Gemeinderat interpretiert den Antrag dahingehend - da ja geschrieben steht "wenn möglich" - das geeignete Leute einbezogen werden sollen. Die Gruppen werden sicher sinnvoll zusammengestellt. Schliesslich soll man bei der Planung auch vorwärts kommen können.

Der Vorsitzende möchte von Rolf Bättig wissen, ob sein Votum als Bemerkung oder als Opposition zum Antrag zu verstehen ist.

Rolf Bättig opponiert dem Antrag bzw. der Entgegennahme nicht.

Der Vorsitzende stellt fest, dass somit keine Abstimmung zu erfolgen hat und der Antrag vom Gemeinderat entgegengenommen wird.

Seite 4 - 4.1. Öffentliche Spielplätze (Spielplatz Bellpark)

Judith Luthiger erinnert daran, dass beim Bellpark im Vorfeld die Erstellung eines Spielplatzes mit Sinneserfahrungen bzw. eines Naturspielplatzes diskutiert wurde. Dem Bericht und Antrag kann sie nun nicht entnehmen, ob diesem Wunsch Rechnung getragen wurde. Sie möchte vom Gemeinderat wissen, welches Konzept für den Bellpark vorliegt.

Norbert Kremmel hat diesbezüglich mit dem Gartenplaner, der auch den Richtplan miterarbeitet hat, Rücksprache genommen. Der Bellpark soll als Naturpark dienen. Die Spielmöglichkeiten sollen deshalb naturgemäss, alles auf Holzbasis, aufgebaut werden. Das Projekt wurde aber noch nicht im Detail besprochen. Der Sprecher ist sich aber sicher, dass die Sanierung nur positive Auswirkungen - insbesondere für die Kinder - haben wird.

Judith Luthiger weiss noch immer nicht, ob nun der Spielplatz im Sinne eines Sinneserfahrungsspiels erstellt werden soll. Diese Frage möchte sie geklärt haben.

Norbert Kremmel erklärt, dass die grosse Wiese im Bellpark weiterhin frei bleiben soll. Im Bereich der Waldlichtung wird man diesem Anliegen Rechnung tragen.

Nicole Nyfeler stellt die Frage, in wie weit auch die Anliegen von behinderten Kinder einbezogen werden. Blinde Kinder benötigen beispielsweise Führung. Ist dies berücksichtigt worden? Sind die Spielgeräte rollstuhlgängig?

Norbert Kremmel ist es immer ein Anliegen, behindertengerechte Projekte zu realisieren und deshalb kann er die erwähnte Problematik gut verstehen. Dies wird sicher berücksichtigt werden, in welcher Form, kann der Sprecher heute allerdings noch nicht sagen. Die Sensibilität in diesem Bereich besteht aber.

Seite 4 - 4.1. Öffentliche Spielplätze (Spielplatz Eichenspes)

Judith Luthiger verweist an dieser Stelle auf den schriftlich vorliegenden Antrag der SP/Grüne-Fraktion, welcher wie folgt lautet:

Antrag

*Einen Naturspielplatz erstellen und den Bach einbeziehen.
Gesamtkosten auf Fr. 50'000.-- festlegen.*

Begründung

In dieser Umgebung hat es sehr viele Kinder, die in Hochhäusern wohnen. Es gibt keine anderen Quartiersspielplätze weit und breit. Auf dem Schulhausplatz Feldmühle hat es asphaltierte Plätze, die genutzt werden können. Weiter hinten hat es noch eine Wiese, die leider oft nicht benutzt werden kann, weil sie nicht gemäht oder matschig ist.

Der einzige Spielplatz sieht momentan desolat aus, denn die Geräte wurden abgebaut, weil sie zu alt waren und den Sicherheitsbestimmungen nicht mehr genügen. Alles was noch steht, ist eine Rutschbahn auf einem Erdhügel. Ein natürlicher Bach fliesst beim jetzigen Spielplatz vorbei und könnte bestens in das Spielplatzkonzept einbezogen werden. Warum nicht die Natur nutzen und für die Kinder Wasser zum Spielen im Spielplatz integrieren? Heute dürfen viele Kinder solche Erfahrungen nicht mehr machen. Das wäre ein wichtiger Schritt zur Aktivierung des Quartierlebens.

Judith Luthiger bezieht sich nun auf das Votum von Bruno Peter, gemäss welchem der Gemeinderat bereit ist, den Bach einzubeziehen. Der Antrag der SP/Grüne-Fraktion geht aber

weiter, er fordert einen Naturspielplatz. Dieser muss sicher nicht riesig sein, aber er soll beispielsweise Kletterbäume oder Erdhügel, etc. einbeziehen. Der Naturspielplatz soll das experimentieren, bauen, etc., was für Kinder sehr wichtig ist, einbeziehen. Deshalb glaubt die Sprecherin, dass der Kredit von Fr. 25'000.-- nicht ausreichen wird. Wenn man bereit ist, 1,7 Mio. Franken für einen Kunstrasen auszugeben, sollte auch hier eine Erhöhung des Kredits um Fr. 25'000.-- möglich sein. Es geht dabei schliesslich um Kinder, und darum, ihnen einen Spielplatz, welcher mit "Naturdenken" gestaltet wird, zu bieten. Gerade im oberen Teil der Stadt Kriens hätte man dann auch etwas für die Kinder, nicht nur im Zentrum.

Der Vorsitzende bittet die folgenden Sprecher, sich kurz zu fassen, damit die Traktandenliste eingehalten werden kann.

Bernadette Hauser-Roos hat eine allgemeine Frage zu den Spielplätzen. Die Aussagen im vorliegenden Bericht und Antrag decken sich nicht immer mit dem Sportanlagenkonzept. Weshalb ergeben sich diese Differenzen?

Bruno Peter erläutert, dass es sich beim Bericht und Antrag um eine Auflistung der einzelnen Anlagen handelt. In den Gruppen, welche noch zu bilden sind, wird jeder Spielplatz noch genauer betrachtet und detailliert entschieden, was für Massnahmen getroffen werden sollen. Es ist deshalb durchaus möglich, dass beim einen Spielplatz Fr. 10'000.-- mehr benötigt werden, bei einem Anderen dafür Fr. 10'000.-- weniger. Der Sprecher glaubt, dass der beantragte Kredit von Fr. 485'000.-- für alle Plätze ausreichend ist. Im jetzigen Zeitpunkt wäre es schwierig, schon Aussagen zu den Details zu machen. Zu Judith Luthiger hält der Sprecher fest, dass das Anliegen der SP/Grüne-Fraktion vom Gemeinderat verstanden wurde und dieser schauen wird, was machbar ist.

Patrick Koch stellt fest, dass das Wasser nicht nur Kinder fasziniert. Im Antrag der SP/Grüne-Fraktion wird der Einbezug des Baches verlangt. Der Sprecher möchte diesbezüglich vor allem auf die Haftungsfrage hinweisen. Er opponiert deshalb dem Antrag und erachtet es für richtig, wenn - wie vom Gemeinderat erwähnt - das Team über die Verteilung der Gelder entscheiden und die Gesamtsumme gleich bleibt.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der SP/Grüne-Fraktion abstimmen:

Abstimmung

Mit 15:11 Stimmen wird der Antrag angenommen.

Erich Tschümperlin bittet um Klärung, ob aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses nun der Ausführungskredit um Fr. 25'000.-- steigt oder nicht?

Der Vorsitzende bejaht dies und verliest den bereinigten Beschlusstext:

1. Der Ausführungskredit von Fr. 510'000.00 (Indexstand Oktober 2006 zuzüglich teuerungsbedingte Mehrkosten) wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die notwendigen Mittel für die Finanzierung zu beschaffen.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum

Abstimmung

Mit 25:0 Stimmen wird dem Bericht und Antrag zugestimmt.

Der Vorsitzende verdankt Norbert Kremmel sein Erscheinen.

8. Bericht und Antrag: Werterhaltung Gemeindestrassen Nr. 192/07

Der Vorsitzende begrüsst Moritz Büchi, Abteilungsleiter Tiefbau, als Sachverständigen.

Franz Baumann informiert darüber, dass sich die BK an einem Lokaltermin an der Südstrasse von der Notwendigkeit dieser Werterhaltungsmassnahmen überzeugt hat. Möglicherweise ist in einzelnen Bereichen mit der Sanierung zu lange zugewartet worden. Eine längere Diskussion hat über die Südstrasse stattgefunden. Der Verkehrsrichtplan aus dem Jahr 1992 sieht dort einen separaten Radweg auf dem südlichen Teil der Südstrasse vor. In der Zwischenzeit ist in diesem Quartier allerdings Tempo 30 eingeführt worden. Weil dieses reduzierte Tempo die Strasse auch für die Velofahrenden sicherer macht, wird in diesem Bericht und Antrag der separate Radweg nur mit den zusätzlichen Kosten erwähnt, jedoch nicht vorgeschlagen. Der Antrag zugunsten der Variante "separater Radweg" ist in der BK mit 1:4 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt worden. Die Baukommission stimmt dem Bericht und Antrag mit 5:0 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Stefan Meyer namens der FGK bemerkt, dass es sich hier um einen mittelfristigen Rahmenkredit, basierend auf einer Zustandsanalyse handelt. Die Bestandesaufnahme und die Priorisierung wurden von der FGK begrüsst. Es entsteht der Eindruck einer massvollen Umsetzung, wobei die FGK die "schlankeren" Varianten favorisiert. Das Volumen des Rahmenkredit entspricht den Vorgaben des Finanzplan mit 0,5 Mio. Franken jährlich. Die einzelnen Projekte werden im Voranschlag unter der Investitionsrechnung ausgewiesen und in der Jahresrechnung abgerechnet. Der Rahmenkredit wird auch in die Liste der laufenden Sonderkredite aufgenommen. Die FGK empfiehlt einstimmig das Eintreten und die Bewilligung.

Bruno Peter verweist in Bezug auf die Ausgangslage und Begründung für den beantragten Kredit auf die vorliegenden Botschaft. Wesentliche Teile des Krienser Strassennetzes entstanden in der grossen Wachstumsphase der Gemeinde Kriens und sind heute 30 bis 40-jährig. Damit ist die Lebenserwartung von bituminösen Heissmischbelägen erreicht. Mit den immer

noch steigenden Verkehrsfrequenzen sowie den höher zulässigen Gewichtstonnagen nimmt die Beanspruchung der Strassen ständig zu.

Die vorgesehenen Sanierungsmassnahmen beinhalten grundsätzlich nur eine Erneuerung der Strassenoberfläche. Der bisherige Standard wird beibehalten, lediglich dort wo es die Verkehrssicherheit erfordert, werden lokale Anpassungen vorgenommen. Die Sanierungen sollen in den nächsten fünf Jahren - dem Finanzplan entsprechend - ausgeführt werden. Die vorgesehene Etappierung kann aufgrund von Dringlichkeiten und möglichen Schnittstellenprojekten beeinflusst werden. Wie in der Botschaft erwähnt, wird der Gemeinderat der Baukommission periodisch - mindestens jährlich - Zwischenbericht und Rechenschaft ablegen.

Mit der Genehmigung des beantragten Sanierungskredites kann die dringendste Werterhalt der Gemeindestrassen sichergestellt werden. Mittelfristig werden aber weitere Mittel - speziell für Brückenbauten - notwendig werden. Der Sprecher verweist auf die Sanierung der über 40-jährigen Bergstrassenbrücke sowie der Bau einer neuen Hergiswaldbrücke.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass der Handlungsbedarf für die Strassensanierungen dringend und nachgewiesen ist und bittet den Einwohnerrat um Genehmigung des beantragten Kredites.

Martin Heiz fasst sich sehr kurz: Die SVP-Fraktion stimmt dem Bericht und Antrag zu.

Viktor Bienz namens der CVP/JCVP-Fraktion nimmt positiv zur Kenntnis, dass man an die Werterhaltung der Gemeindestrassen denkt und mit dem vorliegenden Bericht und Antrag das nötige Geld auch spricht. Die CVP/JCVP-Fraktion denkt, dass dies nicht abschliessend ist und hätte darüber gerne mehr im Bericht und Antrag gelesen. Beispielsweise: Wie beurteilt der Gemeinderat in Zukunft die Werterhaltung der Gemeindestrassen und deren Kosten? Wie weit reicht der budgetierte Betrag in der laufenden Rechnung? Welche Strategie schlägt der Gemeinderat vor?

Die CVP/JCVP-Fraktion bittet den Gemeinderat auch, wenn man in den verschiedenen Strassen neu den Belag einbaut, allfällige Bedürfnisse abzuklären. Nicht, dass man nach kurzer Zeit den Belag wieder aufreissen muss, das führt zu schlechten Stammtischgesprächen.

Die CVP/JCVP-Fraktion erachtet die Werterhaltung der Gemeindestrassen für nötig, um weitere Folgeschäden und Kosten zu vermeiden. Sie stimmt dem Bericht und Antrag zu.

Martin Heini namens der SP/Grüne-Fraktion muss feststellen, dass ohne Strassen in Kriens nichts läuft (leider, mit Blick auf den schienengebundenen öffentlichen Verkehr). Schlechte Strassen sind gefährlich, lästig und auch teuer, deshalb ist die SP/Grüne-Fraktion für Eintreten auf den Bericht und Antrag.

Wenn man schon vom Sparen spricht, dann sollte dies auch bei den Strassen erfolgen, aber die Werterhaltung ist notwendig. Der Bericht und Antrag zeigt auf, was in den nächsten fünf Jahren anfallen wird.

Der Alterungsprozess der Strassen geht weiter, forciert durch die immer schwerere Fahrzeuge. Man bezahlt den Preis der Mobilität, des Wirtschaftswachstums und des Wohlstands. Kriens tut sich aber gut daran, nicht alle Strassen im Zustand "gut" zu erhalten, denn diese Pflege wäre zu intensiv und zu teuer. Der Unterhalt im rechten Mass und zum richtigen Zeitpunkt bringt Optimierung. Eine sinnvolle Planung und korrekte Investitionen sind deshalb zu machen.

Wichtig ist auch, dass ein Mehrwert geschaffen werden kann. Hier möchte der Sprecher die Südstrasse erwähnen. Diese entspricht nicht dem (behördenverbindlichen) Verkehrsrichtplan. Sie bietet potential für Mehrnutzen und Mehrwert. Die Tempo 30-Zone schafft zwar eine Beruhigung und eine Kernfahrbahn ist dort nicht unbedingt das Beste. Nun ist die Frage, was ist

eine "kluge" Variante? Deshalb wird die SP/Grüne-Fraktion in der Detailberatung noch einen entsprechenden Antrag stellen.

Der Sprecher hofft, dass der Bericht und Antrag auch mit dem Plus für mehr Sicherheit und Verschönerung, mit mehr Lebensraum, im Einwohnerrat Unterstützung findet.

Für Rolf Bättig namens der FDP-Fraktion bilden Strassen und Plätze einen wesentlichen Teil des Vermögens einer Gemeinde. Zu diesem gilt es Sorge zu tragen. Substanzerhaltung ist identisch mit Werterhaltung. Der vorliegende Bericht und Antrag ist eine Auflistung der Hauptschwerpunkte der notwendigen Sanierungen. Die Reihenfolge kann durchaus verändert werden, je nach aktuellen Bedürfnissen. Bei Strassenerneuerungen gilt es - wie dies bereits Viktor Bienz erwähnt hat - immer Synergien mit Werkleitungserneuerungen zu suchen, damit vermieden werden kann, dass eine erneuerte Strassenoberfläche nach der Fertigstellung wieder aufgerissen werden muss.

Der vorliegende Bericht macht aber auch deutlich, dass zu lange auf Unterhaltsarbeiten verzichtet wurde und so nun ein Nachholbedarf besteht. Grundlage für die Sanierungen muss eine flächendeckende Zustandserfassung über das Gemeindegebiet sein. Diese stellt sicher, dass dort saniert wird, wo ein objektiver Handlungsbedarf besteht. Aus der Tatsache, dass teilweise zu lange gewartet wurde, ergibt sich aber noch ein anderer Denkansatz. Zur Zeit boomt die Bauindustrie und somit werden auch die Preise anziehen. Dort wo es sinnvoll möglich ist, sollte sich der Staat antizyklisch verhalten, um die Nachfragemengen zu glätten. Offen kommuniziert versteht dies auch ein Parlament. Vielleicht bietet sich ja im Bereich Strassensanierungen eine derartige Chance zum antizyklischen Verhalten.

Erfreut hat die FDP-Fraktion, dass der Gemeinderat Abschied vom Perfektionismus im Strassenbau genommen hat. Es tut gut zu sehen, dass Sparvarianten vorgeschlagen werden. Die FDP-Fraktion unterstützt diese.

Der vorliegende Bericht und Antrag erscheint ausgewogen und die 2.5 Mio. Franken sind gut investiert. Die FDP-Fraktion stimmt dem Bericht und Antrag deshalb zu.

Dem Vorsitzenden liegen keine weiteren Wortmeldungen zum Eintreten vor. Es erfolgt deshalb die Detailberatung des Bericht und Antrages.

Seite 6 - 4.1 Strassen (Südstrasse)

Martin Heini erklärt, dass die Umgestaltung der Südstrasse nicht als Variante zu betrachten ist, sondern mit diesem Bericht und Antrag beschlossen werden soll. Er beantragt deshalb, den Text bei der Südstrasse wie folgt zu ergänzen: *Umgestaltung im Sinne des Verkehrsrichtplans (Trennung Fahrbahn / Radweg), Fr. 1'300'000.--.*

Die 1,3 Mio. Franken sind als Kostendach zu verstehen. Es ist zu prüfen, was darin enthalten sein kann. Die Formulierung "im Sinne des Verkehrsrichtplans" ist offener als "gemäss". Es geht nicht um eine sture Umsetzung, sondern um das Realisieren der Chancen für mehr Sicherheit und bessere Optik, wenn diese Strasse schon saniert wird.

Die breite Südstrasse kommt auf dieser gesamten Länge nicht als liebliche Quartierschliessungsstrasse daher. Die Nutzung durch Fahrräder ist sehr stark, da der gegenüberliegende Bereich der Obernauerstrasse der Gefährlichste ist. Im Bereich des Begegnungszentrums Senti und des Schulhauses kann die Strasse auch Begegnungsfunktionen - z.B. bei Anlässen - übernehmen. Eventuell kann auch der parallel fliessende, nun offene und breitere, Krienbach in eine Umgestaltung einbezogen werden.

Rolf Bättig opponiert diesem Antrag. Dieser wurde bereits in der BK besprochen. Man muss bedenken, dass der Verkehrsrichtplan aus dem Jahr 1992 stammt, und eventuell auch einmal überarbeitet werden sollte.

Hier hat eine Abwägung zwischen dem Wünschenswerten und dem Möglichen zu erfolgen. Es macht keinen Sinn, die ganze Strasse aufzureissen, den für die Velofahrenden besteht in diesem Gebiet kein Problem. Man sollte die Gelder dort einsetzen, wo sie etwas bringen.

Martin Heiz stellt fest, dass die SVP-Fraktion diesem Antrag opponieren wird. Die Gründe wurden bereits von Rolf Bättig genannt.

Bernadette Hauser-Roos befährt selbst oft die Südstrasse - auch mit dem Velo. Die vorhandenen Massnahmen mit Tempo 30 erachtet sie - sofern diese eingehalten werden - als genügend. Natürlich ist sie grundsätzlich auch für gute und sichere Radwege, hier sind die hohen Kosten aber unverhältnismässig zum Nutzen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der SP/Grüne-Fraktion abstimmen:

Abstimmung (Antrag SP/Grüne-Fraktion)
Mit 18:8 Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Die Detailberatung ist abgeschlossen, nachdem sich niemand mehr zu Wort meldet. Ein Rückkommen wird nicht verlangt, weshalb der Vorsitzende den Beschlusstext verliest.

1. Der vorgesehenen Sanierung von Gemeindestrassen gemäss vorliegender Botschaft wird zugestimmt und die dafür notwendigen Mittel im Betrage von Fr. 2.5 Mio. beschlossen.
2. Der Gemeinderat hat periodisch der Baukommission Zwischenbericht und Rechenschaft über den Stand der Sanierungsarbeiten abzulegen.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die notwendigen Mittel zur Finanzierung zu beschaffen.
4. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Abstimmung
Der Bericht und Antrag wird einstimmig genehmigt.

Der Vorsitzende dankt Moritz Büchi für sein Erscheinen.

Verschiedenes

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die nächste Sitzung vom 13. September 2007 ganztägige abgehalten wird. Nun erfolgt die Pause und anschliessend wird das neue Ratsbüro gewählt.

Pause von 16.50 Uhr bis 17:10 Uhr

9. Neuwahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2007/2008 / Verabschiedungen

Matthias Senn begrüsst alle Anwesenden zum zweiten und feierlichen Teil der Einwohnerrats-sitzung mit der Wahl des Ratsbüros für das vierte Legislaturjahr. Es ist eine schöne Tradition, dass vor den Wahlakten der amtierende Präsident auf sein Amtsjahr zurückblicken und ein paar Worte des Dankes vortragen darf.

Der Dank geht zuerst an die Mitglieder des Einwohnerrates. Sie haben während 56 Stunden und 15 Minuten spannend, manchmal hitzig aber jederzeit fair debattiert. Der politische Höhepunkt im Ratsbetrieb war sicher die Beratung der Gemeindeordnung 2008 und die Diskussion beim überraschenden Antrag, dass sich Kriens zukünftig als Stadt bezeichnen soll. Für einmal waren nicht vorbereitete Statements und vorgefasste Meinungen gefragt, der Einwohnerrat hat bei dieser Frage eine rasche Analysenfähigkeit und Entscheidungsfindung bewiesen.

Der nächste Dank richtet sich an das Generalsekretariat des Einwohnerrates, die Mitarbeitenden der Gemeindekanzlei. Speziell erwähnt wird Gemeindeschreiber Robi Lang, der auch nicht nervös wird, wenn plötzlich mehr Personen in eine Kommission gewählt werden als Sitze zu vergeben sind. Seine Anregungen vor, während und nach den Sitzungen sind für den Präsidenten und für den reibungslosen Ratsbetrieb enorm wichtig.

Der dritte Dank geht an die Gemeinderatsmitglieder, die der Sprecher an vielen Anlässen treffen durfte. Es waren immer sehr angenehme Begegnungen, besondere erwähnen möchte der Sprecher Gemeindepräsidentin Helene Meyer-Jenni, die ein riesiges Pensum an Repräsentationsaufgaben leistet.

Der liebste Dank gilt der Familie des Sprechers, die im Durchschnitt auf einen zusätzlichen Abend pro Woche auf ihn verzichten musste und speziell seiner Frau Beatrice, die ihn an viele Anlässe begleitet und seine Tätigkeiten im Amt voll unterstützt hat.

Humoristische Einlagen gehören im Ratsbetrieb dazu, und wenn man oben auf dem Podium sitzt, nimmt man freiwillige und unfreiwillige Szenen bedeutend intensiver wahr. Der Sprecher denkt da an die Motion von Rolf Hager für die Sammlung von Pet-Flaschen im Ökihof, die er zu einem Postulat abschwächen wollte. Es brauchte die Intervention von Peter Mattmann, dass Rolf Hager realisierte, dass sein Vorstoss auch als Motion überwiesen wird. Dazu folgendes Zitat: *Die Politik ist eine Bühne, auf der die Souffleure manchmal lauter sprechen als die Darsteller.*

Eher in die Fasnachtszeit als in die Weihnachtszeit hätte das Kabarett um die Neuwahl der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission während der Dezember-Sitzung gehört. Zitat Rätö Camenisch: „Wir wechseln nicht innert 30 Minuten unsere Meinung.“ Paul Winiker nahm dann in weniger als 30 Minuten seine Wahl in die FGK an. Zu dieser Szene passt dieses Zitat: *In der Politik ist ein Argument nur so lange gut, bis man weiss, von wem es ist.*

Es gab auch unfreiwilligen Humor. Als Peter Mattmann nach der Abstimmung über einen Beschlusstext ein Rückkommen verlangen wollte, wurde er vom Sprecher belehrt, dass das nicht mehr möglich sei und ihm nur noch das Referendum als letztes Mittel bliebe. Der ganze Saal lachte, der Sprecher meinte es aber völlig ernst, frei nach dem Zitat: *Ein Politiker muss stets etwas übertreiben, sonst hört niemand auf ihn.*

Es gehört zur Aufgabe des Wohnratspräsidenten, das Parlament an vielen Versammlungen und Anlässen zu vertreten. Höhepunkte im vergangenen Jahr waren zum Beispiel die Neuuniformierung der Harmoniemusik und die Aufstiegsfeier des Handballclub Kriens. Persönlicher, emotioneller Höhepunkt war für den Sprecher auch sein Auftritt mit seinem Sohn Raphael an der Inthronisation der Gallizunft. Dass er dabei das Thema "höchster Krienser" etwas glossiert hat, war nicht ganz unabsichtlich, wird doch in Kriens der Gallivater hie und da als höchster Krienser bezeichnet. Der Sprecher versichert den Anwesenden, dieser Titel gehört nun eindeutig wieder der Politik.

Man kann sich natürlich schon fragen, warum der Ratspräsident höher sein soll als andere, wenn er das ganze Jahr im Rat nicht abstimmen kann und die Möglichkeit eines Stichtescheides nur statistischer Zufall ist. Zudem wissen alle: Der höchste Krienser oder die höchste Krienserin ist und bleibt der Souverän, das Stimmvolk. Auf alle Fälle, der Sprecher freut sich, ab dem 1. September wieder ein gewöhnlicher Krienser zu sein und wünscht seinem Nachfolger viel Spass und alles Gute.

Der Vorsitzende kommt nun zur Verabschiedung von Wohnerrat Peter Mattmann:

Peter Mattmann gehört seit 2004 als Vertreter der Chance 21 dem Krienser Wohnerrat an. Als Unabhängiger und vehementer Verfechter der Krienser Eigenständigkeit war er der Querdenker im Parlament. In der Politik braucht es Querdenker, sein Ausscheiden ist deshalb besonders bedauerlich. Auch wenn seine Voten manchmal hohe Konzentration und Kondition erforderten, so ist der Sprecher doch überzeugt, dass der Wohnerrat ihn in Zukunft vermissen wird. Peter Mattmann war ein Einzelkämpfer in einer Mannschaftssportart. Da ist es verständlich, wenn seine Energie schneller verbraucht ist. Er ist überzeugt, dass seine Stimme auch in der weiteren Zukunft in irgend einer Art wahrgenommen wird und dankt ihm für sein Engagement. Der Vorsitzende überreicht Peter Mattmann als Abschiedsgeschenk zwei Flaschen Wein.

Peter Mattmann hat an der heutigen Sitzung absichtlich nichts gesagt, damit er diese - nachdem er sich bekanntlich meist nicht gerade kurz fast - nicht verlängert. Sein Rücktritt hat etwas mit seiner jetzigen Lebensphase zu tun. Sein Beruf "stirbt aus". Es gibt nur noch ca. 300 homöopathische Hausärzte. Deshalb möchte er in Zukunft sein Engagement der Ausbildung von zukünftigen homöopathische Hausärzten widmen. Selbstverständlich hat auch die Fusionsdebatte ihren Teil zu seinem Rücktritt beigetragen. Er kann sich nur voll für etwas einsetzen, von dem er weiss, dass es eine Zukunft hat. Aufgrund der stattgefundenen Fusionsdiskussionen fehlt ihm leider dieser Glaube in Bezug auf die selbständige Gemeinde Kriens. Dem Sprecher hat es gut gefallen im Wohnerrat Kriens. Die Stimmung ist sehr gut – ganz anders als im Grossen Rat. Wenn man weiterhin eine solche gute Stimmung haben möchte, sollte man also nicht fusionieren. Der Sprecher hofft, dass diesbezüglich noch ein Umdenken im Wohnerrat erfolgen wird. Er dankt allen für die angenehme Art und Weise, in der politisiert wurde.

Der Vorsitzende wird nun die Verabschiedung von Gemeinderat Bruno Achermann vornehmen. Auf 24 Jahre und über 200 Wohnratsitzungen kann der Finanzvorsteher Bruno Achermann zurückblicken. Er gehörte von 1983 bis 1993 dem Wohnerrat an und war damals

immer Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, die er 8 Jahre präsidierte. Im Jahr 1989 / 1990 war Bruno Einwohnerratspräsident und wurde 1993 in den Gemeinderat als Nachfolger von Paul Müller gewählt. Dort leitet er im Nebenamt das Finanzdepartement seit 14 Jahren. Bruno Achermann ist ein gewiefter Finanzjongleur. Für ihn sind die Zahlen die Fakten. Da darf er auf positive Fakten zurückblicken, ist es doch erstaunlich, wie sich die Zahlen während seiner Amtszeit veränderten. Der Jahresumsatz entwickelte sich in dieser Zeit von 1993 = 104 Mio. auf neu im 2006 = 153 Mio. Das ergibt in diesen 14 Jahren + 49 Mio. oder + 47 %. Erfreulich ist die Entwicklung der langfristigen Schulden, die Ende 1993 bei 99.5 Mio. standen und sich per Ende 2006 auf 83.5 Mio. reduzierten und aktuell sogar bei 76 Mio. stehen. Der Schuldenabbau konnte trotz gleichzeitig grossen Investitionen wie zum Beispiel Krauerhalle, Grossfeldschulhaus und Zunacher 2 realisiert werden. Bruno Achermann hat auch immer wieder betont, dass Kriens eine Gemeinde mit gesunden Finanzen ist - dazu hat er einen sehr grossen Beitrag geleistet.

Die Leitung des Finanzdepartements ist kein einfacher Job. Der Finanzvorsteher muss auch Nein sagen können. Wer Nein sagt, macht sich nicht nur Freunde. Dank seiner hohen Kompetenz ist Bruno Achermann aber jederzeit auf hohe Akzeptanz gestossen. Und sein Engagement war nie Eigennutz, es galt immer und uneingeschränkt dem Wohle der Gemeinde.

Wenn Bruno Achermann nun als Gemeinderat zurücktritt, so ist das kein Ruhestand. Es ist erfreulich, dass er als Grossrat der Krienser Politik weiterhin erhalten bleibt. So wie man Bruno Achermann kennt, wird er dort die Interessen im Allgemeinen und die Finanzinteressen im Besonderen mit Vehemenz vertreten.

Der Sprecher dankt Bruno Achermann namens des Einwohnerrates für sein Engagement zu Gunsten der Gemeinde. Als Geschenk überreicht er ihm einen Blumenstrauss mit einer Bahn-Laterne. Diese soll ihn symbolisch auf einer guten Fahrt seines weiteren beruflichen und politischen Weges begleiten. Im Weiteren übergibt er ihm als Geschenk einen Gutschein für eine Führerstandfahrt mit Begleitung über den Gotthard mit Mittagessen in Bellinzona, auch begleitet durch Joe Brunner.

Nachdem alle auf die Präsidentenwahl warten, wird sich Bruno Achermann kurz halten. Bekannterweise stellt man bei der Verabschiedung immer die positiven Aspekte in den Vordergrund, aber er dankt für die freundlichen Worte und für das überreichte Geschenk. Die von Matthias Senn erwähnten Zahlen zeigen, dass die Gemeinde Kriens ein "grosses Geschäft" geworden ist.

Der Sprecher möchte nicht unerwähnt lassen, dass er in den 24 Jahren im Ratsbetrieb sehr viele angeregte Diskussionen und Streitgespräche führen durfte. Viele Geschäfte konnte er mitverfolgen und erledigen. Er dankt dem Einwohnerrat für die Zusammenarbeit. Dies war nicht immer ganz einfach, aber eine Herausforderung. Er konnte immer seiner Meinung Ausdruck verleihen.

Der Sprecher wünscht dem Einwohnerrat für die Zukunft eine gute Zusammenarbeit und eine gute Geschäftserledigung mit grossem Bürgernutzen und verabschiedet sich mit einem Letzten "tschau zäme".

Der Vorsitzende kündigt den Auftritt der Musikgruppe an. Rita und Kurt Brunner werden zwei Lieder vortragen. Anschliessend wird die SP-Fraktion ihren Kandidaten für das Präsidium vorstellen.

musikalische Einlage von Rita und Kurt Brunner

Judith Luthiger freut es, dem Einwohnerrat den Wahlvorschlag für das Einwohnerratspräsidium der zukünftigen Stadt Kriens zu unterbreiten. Die SP-Fraktion schlägt den Vize-Einwohnerratspräsidenten, Joe Brunner, vor. Dieser ist am 8. März 1958 - am Frauenstreiktag - in der Stadt Luzern geboren und mit zwei Geschwister aufgewachsen. Seine obligatorische Schulzeit, Primar- und Sekundarschule, hat er in Luzern absolviert. Nach der Lehre als Elektromonteur war für ihn klar, dass er Lokführer werden will, denn so konnte er in der ganzen Schweiz herumreisen.

Reisen ist ein grosses Hobby von Joe Brunner. Schon während der Lehrzeit zog es ihn immer wieder ins Ausland. Per Autostopp reiste er schnell übers Wochenende nach Wien, Paris etc.. Joe Brunner hat viele Länder bereist, aber nicht in der Reisegruppe Kuoni mit Reiseführer. Er hat immer alles selber organisiert, Alternativreisen, Abenteuerreisen. Immer wieder hat er ausgefallene Projekte angepackt. Er sucht eher die Stille als den Massentourismus, darum liebt er Wüstenreisen über alles.

Ein anderes grosses Hobby von Joe Brunner ist sein Chalet im Wallis. Von Grund auf hat er es selbst aufgebaut. Auf diese riesige Arbeit darf er stolz sein. Bratsch ist für ihn ein ganz besonderer Ort, an dem er sich zurückziehen und seine Batterien aufladen kann. Er ist aber auch Sammler. Er sammelt nicht irgendwelchen Ramsch, nein, er sammelt leidenschaftlich gerne Uhren. Mittlerweile verfügt er schon über eine beachtliche Uhrensammlung.

Joe Brunner ist mit Beatrice Brunner-Schindler verheiratet. Die beiden haben zwei Kinder. Die Tochter Nicole ist 18 und momentan gerade auf Diplomreise, und der Sohn Pascal beginnt nach den Sommerferien eine Berufslehre in den Fussstapfen seines Papas.

Seit 25 Jahren reist Joe Brunner als Lokführer durch die Schweiz, von Genf bis Romanshorn und von Chiasso bis nach Basel und ist auch aktiv in der Gewerkschaft tätig. Er ist ein Gründungsmitglied des Verband Schweizerischer Lokführer der Sektion Luzern (VSLF), welcher dieses Jahr das 20-jährige Jubiläum feiert. Die gewerkschaftliche Arbeit hat Joe dann auch zur Politik geführt. Spätestens als die SBB vom Bundesbetrieb in die Privatwirtschaft entlassen wurde, war das für ihn eine Motivation in die Politik einzusteigen. Seit 1. Januar 2002 ist er im Einwohnerrat und neben Franz Baumann das „amtsälteste“ Mitglied. Zuhause politisiert er natürlich mit seiner Frau, die jahrelang im Vorstand der SP Kriens war.

Die SP ist überzeugt, dass Joe Brunner den Einwohnerrat zielgerichtet führen kann, damit dieser nicht in Sackbahnhöfen stecken bleibt oder sich im Kreis dreht. Er wird sicher auf die Einhaltung der Fahrplanzeiten achten.

Die SP bittet den Einwohnerrat, Joe Brunner zu unterstützen und ihm die Stimme zu geben.

Der Vorsitzende bedankt sich für dieses Votum und übergibt das Wort den Grünen zwecks Vorstellung ihres Kandidaten für das Vize-Präsidium.

Auch Susanne Lanz freut es sehr, dass sie ihren Fraktionskollegen Bruno Bienz für das Amt des Vize-Präsidenten vorstellen darf. Bruno Bienz ist ein alteingesessener und engagierter Krienser. Er wurde am 27. Februar 1958 geboren und lebt seit der fünften Klasse in Kriens, wo er im Feldmühle- und Kirchbühl Schulhaus die Schule besuchte. Nach der Schule erlernte er in Obernau und Luzern den Beruf des uniformierten Postbeamten und war zuletzt Briefträger im Gebiet Kuonimatt. Nach einer weiteren Ausbildung 1989 zum Systemoperator arbeitet er heute als System-Spezialist schweizweit im Bereich Data-Management.

Bruno Bienz ist mit Astrid verheiratet und hat mit ihr zwei Kinder: Lorena und Nino. Er ist sicher nicht nur den Anwesenden als Samariterlehrer und engagiertes Vorstandsmitglied des Samaritervereins Kriens bekannt. Man kennt ihn aber auch als gemütlichen Freund, der gerne diskutiert, kocht, Karten spielt, seinen Garten pflegt und ein gutes Buch liest.

Seit September 2004 verstärkt Bruno Bienz die Grünen im Einwohnerrat. Wie bekannt ist, ist er in der Baukommission, der Umwelt- und Sicherheitskommission und als Mitglied des Büros tätig.

Die Grünen sind sich sicher, dass Bruno Bienz das Amt als Vize-Präsident umsichtig und gewissenhaft ausüben wird.

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen werden und somit der Gemeindevorstand die Stimmzettel für die Wahlen des Einwohnerratspräsidenten, des Vize-Präsidenten, der zwei Stimmenzähler und eines weiteren Mitglieds des Einwohnerratsbüros einsammeln wird. In der Zwischenzeit wird nochmals ein musikalischer Vortrag erfolgen.

musikalische Einlage von Rita und Kurt Brunner

Wahlergebnis Einwohnerratspräsident 2007/2008

ausgeteilte Stimmzettel	29
eingegangene Stimmzettel	29
leere Stimmzettel	3
ungültige Stimmzettel	0
gültige Stimmzettel	26
absolutes Mehr	14

Stimmen erhielt und ist somit gewählt: Joe Brunner mit 26 Stimmen

Joe Brunner's Wahl als Einwohnerratspräsident hat ihren Beginn bei ihm zuhause genommen. Als nämlich die SP bezüglich eines Kandidaten Ausschau gehalten hat, meinte er, er könnte dieses Amt nicht ausüben, da der Zeitaufwand zu gross sei und seine Familie zu kurz komme. Es hat ihn dann aber sehr gefreut, als seine Frau Beatrice meinte, für ein Jahr würde sie auf ihn "verzichten". Dafür, dass sie die Erste war, die ja gesagt und ihn damit "gewählt" hat, möchte sich der Sprecher herzlich bei ihr bedanken. Auch seinem Arbeitgeber, der diese Einschränkung angenommen hat, gilt ein grosser Dank. Der Sprecher dankt der SBB und insbesondere seinem Chef - welcher heute hier anwesend ist - dass ihm diese Dienstanpassungen ermöglicht wurden. Aufgrund dieser beiden "Ja-Stimmen" hat er schliesslich selbst ja gesagt zum Präsidium. Der Dritte Dank gilt der SP. Dafür, dass auch diese ja gesagt hat zu ihm und ihn als Präsidenten vorschlägt.

Der Sprecher politisiert gerne und dankt deshalb allen, die ihm ihre Stimme gegeben haben. All jene, die ihm ihre Stimme nicht gegeben haben, wird er im kommenden Amtsjahr von sich überzeugen. Es werden sehr interessante Geschäfte auf den Einwohnerrat zukommen. Der Sprecher hofft, dass er vielleicht dabei auch einmal einen Stichentscheid geben kann und nimmt die Wahl gerne an.

Der Vorsitzende gratuliert Joe Brunner zu seiner Wahl und überreicht ihm den Wimpel, den Hansruedi Kunz zur Verfügung gestellt hat. Als Weiteres übergibt der Vorsitzende Joe Brunner Kopien aller Einladungen, die er in diesem Jahr als Einwohnerratspräsident erhalten hat, da-

mit Joe Brunner einschätzen kann, was auf ihn zukommt. Als Geschenk überreicht er drei Flaschen Wein.

Judith Luthiger gratuliert Joe Brunner namens der SP-Fraktion und wünscht ihm viel Glück im Wahljahr.

Helene Meyer-Jenni gratuliert Joe Brunner im Namen des Gemeinderates ganz herzlich und überreicht ihm einen Blumenstrauss. Der Gemeinderat freut sich auf die kommende Zusammenarbeit und wünscht Joe Brunner ein tolles Amtsjahr.

Der Vorsitzende teilt die übrigen Ergebnisse der Neuwahlen mit:

Wahlergebnis Vizepräsident 2007/2008

ausgeteilte Stimmzettel	29
eingegangene Stimmzettel	29
leere Stimmzettel	5
ungültige Stimmzettel	0
gültige Stimmzettel	24
absolutes Mehr	13

Stimmen erhielt und ist somit gewählt: Bruno Bienz mit 24 Stimmen

Wahlergebnis Stimmzählerinnen und Mitglied 2007/2008

ausgeteilte Stimmzettel	29
eingegangene Stimmzettel	29
leere Stimmzettel	0
ungültige Stimmzettel	0
gültige Stimmzettel	29
absolutes Mehr	15

Stimmen erhielten und sind somit als Stimmzählerinnen gewählt: Johanna Dalla Bona mit 29 Stimmen
Bernadette Hauser mit 29 Stimmen

Stimmen erhielt und ist somit gewählt als Mitglied: Patrick Koch mit 29 Stimmen

Helene Meyer-Jenni möchte im Namen des Gemeinderates den "scheidenden" Einwohnerratspräsidenten verabschieden. Wenn sie ihm nun das obligate Geschenk überreicht - eine geschnitzte Maske - kann man zu recht sagen, dass dies nicht sehr originell ist, da Matthias Senn als Alt-Gallivater sicher schon einige solcher Masken besitzt. Trotzdem möchte der Gemeinderat die Maske, als Symbol für das, was Matthias Senn dieses Jahr erlebt hat, übergeben. Diese ist ein gutes Sinnbild für seine unzähligen Begegnungen mit Menschen, insbeson-

dere der Bevölkerung von Kriens. Matthias Senn war ein sehr volksnaher Einwohnerratspräsident. Er hat sich eingegeben, hat zugehört und wahr spürbar. Die Krienser Gruppierungen und Organisationen haben ihn als überzeugenden Vertreter wahrgenommen. Er schaffte es gekonnt, die "richtige" Sprache für den jeweiligen Anlass zu finden.

Auch die Zusammenarbeit mit der Verwaltung bzw. dem Gemeinderat war sehr konstruktiv. Matthias Senn hat mit guter Übersicht den Rat klar geführt. Dabei gab es schwierige bzw. anspruchsvolle Sitzungen (Fusions-Debatte, Gemeindeordnung), die er gut gemeistert hat. Matthias Senn hat auch dem Einwohnerrat einiges geboten – ab und zu erfolgte durch ihn eine humorvolle Einlage, auch mal mit Selbstironie und auch mal ausserhalb des Rats, z.B. bei der Inthronisation des Gallivaters. In seiner Amtszeit als Präsident musste er auch einmal in Ausstand treten und durfte in der VBK und auch im Einwohnerrat Stichentscheide geben. Auch hat er dem Rat einen wunderbaren Ausflug nach Zürich mit Besichtigung des Opernhauses und des Stadions geboten. Die Sprecherin bedankt sich bei Matthias und Beatrice Senn, welche nachträglich vom Gemeinderat noch einen Blumenstrauss erhalten werden.

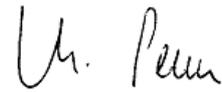
Der Vorsitzende dankt Helene Meyer-Jenni für ihre netten Worte. Er wünscht allen ein schönes Apéro im Foyer des Pilatus-Saals und einen schönen Abend. Joe Brunner hat den Sprecher noch gebeten, die Teilnehmer des Abendessens im Schloss Schauensee darauf hinzuweisen, dass die Möglichkeit besteht, von dort für Fr. 4.00 mit dem Telebus nach Hause zu fahren. Zum Abschluss der Neuwahlen werden noch einmal Rita und Kurt Brunner zwei Musikstücke vortragen.

musikalische Einlage von Rita und Kurt Brunner

Der Vorsitzende dankt dem Ehepaar Brunner für die musikalische Umrahmung der heutigen Sitzung. Er teilt mit, dass die Präsidenten-Feier im Schloss um 19.45 Uhr beginnt. Mit dem Dank für die Teilnahme schliesst der Vorsitzende die Sitzung um 18.15 Uhr.

Genehmigung durch das Büro des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Matthias Senn

Die Stimmenzähler:



Bruno Bienz



Martin Heiz

Der Gemeindeschreiber:



Robert Lang

Die Protokollführerinnen:



Yvonne Rösli



Alexandra Renggli